

Voit

**Mehr Spannung
für Österreich**

Grundsatzprogramm

FUTURE  MADE IN EUROPE

Letzte Änderung vom 23.09.2025
Redaktionelle Änderungen
vom 28.04.2026

*„Der Tag wird kommen, an dem alle Nationen dieses Kontinents,
ohne ihre Eigenart zu verlieren, sich zu einer höheren Einheit
zusammenschließen und die große europäische Familie bilden.“*

– Victor Hugo (1802–1885)

Präambel

Europa steht an einem historischen Scheideweg. Die Herausforderungen unserer Zeit – von Klimakrise und digitalem Wandel über soziale Ungleichheit bis zu geopolitischen Spannungen – lassen sich aufgrund der Globalisierung nicht mehr national lösen. Nur ein handlungsfähiges, demokratisches und solidarisches Europa kann Sicherheit, Wohlstand und Freiheit für alle dauerhaft sichern.

Volt Österreich ist Teil der paneuropäischen Bewegung, die sich für ein geeintes Europa der Menschen einsetzt – ein Europa, das Vielfalt achtet, Gerechtigkeit schafft und Zukunft gestaltet. Wir glauben an eine europäische Republik, in der Entscheidungen gemeinsam und demokratisch getroffen werden, in der Regionen und Staaten nicht gegeneinander, sondern miteinander stark sind.

Österreich hat als weltoffenes Land und eine erfolgreiche Demokratie eine besondere Verantwortung, dieses Europa aktiv mitzugestalten. Wir treten für ein Österreich ein, das seine Zukunft als Teil eines föderalen Europas versteht – nicht als Gegensatz zur nationalen Identität, sondern als deren moderne und natürliche konsequente Erweiterung.

Unser Grundsatzprogramm ist ein Bekenntnis zu diesem neuen europäischen Denken. Es basiert auf der Überzeugung, dass Fortschritt und Gerechtigkeit zusammengehören. Dass technologischer Wandel nur dann zum Gewinn wird, wenn er alle mitnimmt. Und dass die Zugehörigkeit zu Europa freiwillig, aber bewusst gewählt sein muss – aus Hoffnung, nicht aus Angst.

Dieses Grundsatzprogramm baut auf dem [Mapping of Policies \(MoP\)](#) von Volt Europa auf. Volt Österreich bekräftigt die Inhalte der MoP und unterschreibt diese vollständig. Es bietet den langfristigen Rahmen für unsere Politik, unsere politische DNA, auf der konkrete Forderungen und Maßnahmen in Wahl- und Positionspapieren aufbauen.

Wir fordern mutige Reformen – im Staat, in der Wirtschaft, im Sozialsystem. Wir wollen ein gutes Leben und faire Chancen für alle Menschen, die in Österreich und damit auch in Europa leben – unabhängig von Herkunft oder Pass. Und wir sind überzeugt: Dieses Ziel erreichen wir nicht trotz der Europäischen Union, sondern nur mit einer stärkeren europäischen Republik, an welcher sich alle Menschen aktiv beteiligen können.

Volt denkt europäisch, nachhaltig, sozial und gestaltet mutig. Dieses Grundsatzprogramm ist unsere Einladung an alle, gemeinsam mit uns eine bessere Zukunft zu bauen – für Österreich, für Europa, für alle.

I. Smart State - Ein Staat der auf Deiner Seite steht

*Volt Österreich versteht den Staat als modernen Dienstleister, der für seine Bürger*innen agiert – transparent, digital, bürgernah. Ein Staat, der mit Vertrauen führt und mit den Technologien des 21. Jahrhunderts gesellschaftliche Teilhabe und Effizienz ermöglicht.*

Unsere Vision: Der Staat als Dienstleister - in Österreich und Europa

Volt sieht den Staat als modernen, digitalen Dienstleister, der den Menschen dient – nicht umgekehrt. Der Smart State bedeutet für uns mehr als eine effiziente Verwaltung: Er steht für ein gerechtes, zugängliches und zukunftsfähiges Gesundheitswesen, ein inklusives Bildungssystem und starke soziale Sicherung. Staatliche Institutionen müssen effizient, transparent und serviceorientiert arbeiten, um Bürger*innen und Unternehmen unbürokratisch, sicher und gerecht zu unterstützen – von der Kita bis zur Altenpflege. Dabei steht die konsequente Nutzung digitaler Technologien im Zentrum – immer mit dem Ziel, das Leben der Menschen konkret zu verbessern.

Ein Smart State setzt auf Vertrauen in die Bürger*innen statt Kontrolle. Durch offene, aber geschützte Daten, nachvollziehbare Entscheidungen und echte Rechenschaftspflicht schafft der Staat Transparenz und stärkt demokratische Beteiligung. Öffentliche Verwaltungen, Schulen, Krankenhäuser und Justiz werden modernisiert, korruptionsresistent gemacht und auf gemeinsame europäische Standards ausgerichtet – mit klaren Zuständigkeiten und digitaler Interoperabilität über Grenzen hinweg. Die Einflussnahme von Parteien auf staatliche Entscheidungen und Handlungen wird unterbunden.

Der Smart State verbindet technologische Modernisierung mit sozialer Verantwortung: Digitale Lösungen wie e-Health, e-Education und präventive Gesundheitsdatenplattformen sorgen dafür, dass Gesundheit und Bildung nicht nur effizient, sondern auch gerecht und inklusiv gestaltet sind. Open Source, Forschung und gemeinwohlorientierte digitale Infrastruktur schaffen Innovation, die allen zugutekommt. Der Staat gestaltet technologische Entwicklungen aktiv mit, garantiert digitale Grundrechte und ermöglicht neue Formen des Zusammenlebens. Für Volt ist der Smart State ein lernfähiger Staat, der den Menschen vertraut und Zukunft kann.

1. Effiziente Verwaltung für die Bürger*innen in Österreich

1.1 Digitale Revolution in der Verwaltung von Österreich und Europa

*Digitalisierung soll uns Bürger*innen dienen und uns allen das Leben leichter machen – sie ist kein Selbstzweck*

- **Digitalisierung als Mittel für besseren Bürger*innen-Service**

Digitale Lösungen sollen die Verwaltung effizienter und transparenter machen, interne Abläufe verbessern und die Beziehung zwischen Bürger*innen und Staat stärken. Digitalisierung wird dabei konsequent als Werkzeug verstanden, nicht als Selbstzweck. Nutzerzentrierte digitale Angebote wie E-Steuer, E-ID, E-Voting, E-Health und E-Residency sollen ausgebaut werden. Moderne Technologien wie Blockchain, Big Data und vorausschauende Analysen helfen dabei, staatliche Leistungen besser an die Bedürfnisse der Bürger*innen auszurichten.

- **Infrastruktur für den digitalen Staat schaffen**

Die papierlose Verwaltung wird durch europaweit kompatible IT-Standards ermöglicht. Ein schneller Breitbandausbau, flächendeckendes Internet und smarte Infrastrukturen sorgen für eine verlässliche digitale Grundversorgung. Neue Technologien werden systematisch getestet, bevor sie zum Einsatz kommen.

- **Sichere und vertrauenswürdige E-Governance**

Sichere digitale Identitäten, elektronische Signaturen und offene Datenformate erleichtern Bürger*innen den Zugang zu staatlichen Leistungen. Gleichzeitig schaffen sie mehr Transparenz und fördern Innovationen. Mit der ID Austria ist in Österreich hier schon Einiges erreicht, der Zugang zur ID Austria sollte allerdings auch für alle EU-Bürger*innen ohne Einschränkung und zusätzliche Behördengänge ermöglicht werden, da die Verwaltung der Zukunft insgesamt nicht an den österreichischen Grenzen aufhören, sondern konsequent europäisch organisiert sein sollte.

- **Digitalisierung im Gesundheits- und Rechtswesen**

Digitale Gesundheitsakten, E-Rezepte und öffentliche E-Buchungssysteme verbessern die medizinische Versorgung und verkürzen Wartezeiten. Gleichzeitig erleichtert die Digitalisierung den Zugang zu rechtlichen Dokumenten, erhöht die Transparenz im Justizsystem und ermöglicht durch Blockchain-Technologien eine fälschungssichere Verwaltung öffentlicher Daten. Ein weiterer Effekt ist eine einfachere Harmonisierung und eine Zusammenführung zu einer zukünftigen gesamteuropäischen Verwaltung.

1.2 Vertrauen in staatliche Verwaltung und staatliche Mitarbeiter*innen stärken

- **Moderne und bürger*innenorientierte Verwaltungskultur**

Motivierte und gut qualifizierte Mitarbeitende sind das Rückgrat eines leistungsfähigen öffentlichen Dienstes. Volt fördert eine agile Arbeitskultur, die Eigeninitiative, persönliche Entwicklung und den Dienst an den Bürger*innen in den Mittelpunkt stellt.

- **Innovationskraft und Qualifizierung stärken**

Volt fördert gezielt die Innovationsfähigkeit der Verwaltung: Spezielle „i-Teams“ entwickeln praxisnahe digitale Lösungen und begleiten deren Umsetzung. Gleichzeitig werden Fortbildungen in IT, Projektmanagement und weiteren Schlüsselkompetenzen ausgebaut sowie der Austausch mit der Privatwirtschaft intensiviert.

- **Attraktive Karrierewege und leistungsorientierte Führung**

Wir setzen uns für offene, transparente Karrierewege und faire Arbeitsbedingungen im öffentlichen Dienst ein. Nachwuchsprogramme, leistungsgerechte Vergütung und ein modernes Zielvereinbarungssystem mit klaren Anreizen stärken Motivation und Ergebnisorientierung – stets mit den Menschen im Mittelpunkt.

- **Klare Zuständigkeiten und effiziente Kompetenzverteilung**

Volt will Zuständigkeiten zwischen staatlicher, regionaler und lokaler Ebene klar regeln und Doppelstrukturen vermeiden.

Durch konsequente Anwendung des Subsidiaritätsprinzips werden Aufgaben jeweils dort angesiedelt, wo sie effizient und bürger*innennah erfüllt werden können – mit klarer politischer Verantwortung und Rechenschaftspflicht.

1.3 Transparenter und verantwortungsvoller Umgang mit öffentlichen Mitteln

Volt steht für eine transparente und verantwortungsvolle Verwendung öffentlicher Mittel. Vergabe und Partnerschaften müssen dem Gemeinwohl dienen, Rechnungshöfe unabhängige Kontrolle sichern und Beschaffung fair, effizient und europaweit kompatibel gestaltet sein.

- **Volle Transparenz bei öffentlichen Finanzen**

Die Herkunft und Verwendung öffentlicher Mittel muss jederzeit klar nachvollziehbar sein. Vergabeverfahren sind so zu gestalten, dass sie fair, transparent und am Grundsatz des „Best Value for Money“ ausgerichtet sind.

- **Stärkere Rolle der Rechnungshöfe**

Die Kontroll- und Prüfkompetenzen der Rechnungshöfe sollen gestärkt und europaweit einheitliche Rechnungsstandards entwickelt werden, um den verantwortungsvollen Umgang mit öffentlichen Mitteln zu sichern.

- **Effiziente Vergabe und Beschaffung**

Beschaffungsprozesse sollen zentral gebündelt und durch interoperable, grenzüberschreitende, europäische Vergabesysteme effizient und zukunftsfähig gestaltet werden.

- **Qualität und Verantwortung bei Partnerschaften**

Public-Private-Partnerships sollen nur dort eingesetzt werden, wo sie echten Nutzen für die Bürger*innen stiften; Genossenschaften und Bürger*innenbeteiligung bei öffentlichen Dienstleistungen werden gezielt gestärkt.

2. Ein Bildungssystem für Teilhabe, Verantwortung und Zukunft

Bildung ist mehr als Vorbereitung auf den Arbeitsmarkt – sie soll junge Menschen zu selbstbestimmten, demokratiebewussten und kreativen Persönlichkeiten werden lassen. Schulen sind Orte, an denen Freude am Lernen und individuelle Förderung im Mittelpunkt stehen. Volt will ein chancengerechtes, inklusives Bildungssystem, das persönliche Entwicklung, soziale Kompetenzen und kritisches Denken stärkt und lebenslanges Lernen selbstverständlich macht, ganz im Sinne der vier Säulen des Lernens, wie sie die UNESCO sie formuliert:

Lernen, Wissen zu erwerben; Lernen, zu handeln; Lernen, zusammenzuleben; Lernen, zu sein.

2.1 Frühe Förderung - frühkindliche Betreuung und Bildung

Frühkindliche Förderung, Betreuung und Bildung sollen den Grundstein für eine positive Lernbiografie legen und Kinder auf ihrem Weg zu selbstbewussten, sozialen und emotional stabilen Persönlichkeiten begleiten. Ziel ist es, allen Kindern – unabhängig von Herkunft, Geschlecht, Fähigkeiten oder familiärem Hintergrund – von Anfang an gleiche Chancen zur Entfaltung ihrer Potenziale zu geben. Frühkindliche Bildung ist ein öffentlicher Auftrag und unverzichtbarer Bestandteil eines gerechten

Bildungssystems. Für Volt stehen Kinderrechte, wie sie in der UN-Kinderrechtskonvention verfasst sind, im Zentrum der Betrachtung:

- Frühkindliche Bildung ist kostenfrei und für alle Kinder zugänglich.
- Sie fördert spielerisch soziale, emotionale, sprachliche, motorische und kognitive Entwicklung und stärkt Selbstwirksamkeit, demokratische Haltung und soziales Miteinander.
- Sie vermeidet Benachteiligung und sichert Teilhabe in einer vielfältigen, wertschätzenden Umgebung.
- Familien werden als Erziehungspartner unterstützt, gefördert und gefordert; staatliche Hilfen greifen, wo es nötig ist, um Kinder bestmöglich zu unterstützen.
- Frühkindliche Bildung wird von qualifizierten Fachkräften in enger Zusammenarbeit mit Gesundheits-, Sozial- und Bildungsdiensten umgesetzt.

2.2 Schule als Lern- und Lebensraum

Schule soll ein Ort sein, den Kinder und Jugendliche gerne besuchen — aus Neugier, Freude am Lernen und eigener Motivation.

Bildung soll Kinder und Jugendliche nicht bloß auf den Arbeitsmarkt vorbereiten, sondern sie zu Persönlichkeiten heranwachsen lassen, die einen wertvollen Beitrag zur österreichischen und europäischen Gesellschaft leisten. Für Volt Österreich steht dabei im Vordergrund, **wie** Wissen vermittelt wird. Ziel ist ein offenes, diskriminierungskritisches und zukunftsorientiertes Bildungssystem.

Jedes Kind wird nach seinen individuellen Stärken gefördert, unabhängig von Herkunft, Geschlecht, kognitiven, sozialen oder sonstigen Voraussetzungen.

- Schulen sind inklusive Lern- und Lebensorte, die Vielfalt leben und kreative, kooperative Lernformen sowie persönliche Entwicklung in den Mittelpunkt stellen.
- Demokratie- und Medienbildung, kritisches Denken und soziale Kompetenzen sind feste Bestandteile des Curriculums, traditionelle Strukturen und Bewertungssysteme werden hinterfragt und weiterentwickelt.
- Altersgerechtes Heranführen an moderne (digitale) Technologien ist wichtig, noch wichtiger allerdings ist eine Neubewertung von Bildung und dezidiert "menschlichen" Fähigkeiten in Zeiten von Künstlicher Intelligenz (KI) und Computern.

2.3 Wertschätzung und Unterstützung für Lehrkräfte

Motivierte, gut ausgebildete Lehrkräfte sind zentrale Gestalter*innen von

Lernprozessen. Sie brauchen gute Arbeitsbedingungen, faire Bezahlung, Zeit für pädagogische Entwicklung und Raum für Kreativität. Fort- und Weiterbildung in modernen Lernmethoden, digitaler Bildung sowie Demokratie-, Diversitäts- und Medienkompetenz werden gezielt gefördert. Lehrkräfte begleiten individuelles Lernen und stärken die Freude am Lernen.

2.4 Moderne Lernumgebungen

Schulgebäude und Lernräume werden offen, barrierefrei und flexibel gestaltet, um selbstbestimmtes, gemeinsames Lernen und Begegnung zu fördern. Schulen sind Bildungs- und Lebensorte für Kinder, Jugendliche, Eltern und die Nachbarschaft. Dabei kann es auch andere Lernorte als das Schulgebäude geben - Volt ermuntert dazu, das Lernen auch außerhalb der Schulen zu leben und vielfältige Lernorte zu nutzen.

2.5 Weiterführende und berufliche Bildung

Volt will ein Hochschul- und Berufsbildungssystem, das lebenslanges Lernen, persönliche Entwicklung, soziale Teilhabe und Innovation ermöglicht. Ziel ist es, allen Menschen Zugang zu hochwertiger, zukunftsorientierter Bildung zu eröffnen, die Kreativität, Eigenverantwortung und gesellschaftliches Engagement stärkt und auf Entwicklungen wie den Einsatz von KI adäquat reagieren kann.

- **Höhere und berufliche Bildung sind gleichwertig**

Höhere und berufliche Bildung sollen gleichwertig gefördert und durch flexible, innovative Ansätze wie Erasmus+, Erasmus Pro (und gleichwertige Programme im Bereich der beruflichen Aus- und Weiterbildung) und lebenslanges Lernen für alle zugänglich gemacht werden.

- **Hochschulen der Zukunft in Österreich**

Die Gestaltung von Hochschulen der Zukunft soll offen, digital vernetzt und inklusiv sein, um den Anforderungen einer modernen, kreativen Wissensgesellschaft gerecht zu werden. Hochschulen und Bildungseinrichtungen kooperieren eng mit Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Forschung in ganz Europa, um relevante Kompetenzen und gesellschaftliche Verantwortung zu vermitteln. Eine ausreichende Hochschulfinanzierung ist zu gewährleisten.

- **Hochschulen sind der Wissenschaft und den Student*innen verpflichtet**

Immer mehr Hochschulen richten sich nach wirtschaftlichen Interessen, die Mitbestimmung der Student*innen schwindet. Trends einer zunehmenden Ökonomisierung und Entdemokratisierung tritt Volt entgegen.

3. Ein solidarisches Gesundheitssystem für alle Menschen

*Wir befürworten eine staatliche Verwaltung, für die die Gesundheit der Bürger*innen höchste Priorität hat. Dieses Prinzip muss sich über alle Politikfelder erstrecken und darf nicht die alleinige Aufgabe des Gesundheitssystems sein.*

3.1 Unsere Gesundheit darf keine Ware und kein Geschäftsmodell sein, sondern ist ein Grundrecht.

In einem ihrer grundlegenden Texte definiert die Weltgesundheitsorganisation Gesundheit (WHO) als umfassendes körperliches, psychisches und soziales Wohlbefinden im Unterschied zur reinen Abwesenheit von Krankheit.

Ein nachhaltiges Gesundheitssystem unterstützt die Menschen dabei, ihre Gesundheit zu erhalten und bietet kompetente Behandlungen an im Falle von Krankheiten und krankheitswertigen Leiden.

Persönliches Einkommen, Herkunft und Region in Europa dürfen keine Gründe für eine mangelhafte Gesundheitsversorgung sein.

Wir stehen zu den zehn Gesundheitszielen, die im Sommer 2012 vom Ministerrat auf Basis eines umfassenden Expertendialogs beschlossen wurden und die bis 2032 umgesetzt werden sollen:

- 1) Gemeinsam gesundheitsförderliche Lebens- und Arbeitsbedingungen schaffen
- 2) Gesundheitliche Chancengerechtigkeit für alle Menschen in Österreich sicherstellen
- 3) Gesundheitskompetenz der Bevölkerung stärken
- 4) Luft, Wasser, Boden und alle Lebensräume für künftige Generationen sichern
- 5) Durch sozialen Zusammenhalt die Gesundheit stärken
- 6) Gesundes Aufwachsen für Kinder und Jugendliche bestmöglich gestalten
- 7) Gesunde und nachhaltige Ernährung für alle zugänglich machen
- 8) Gesunde und sichere Bewegung im Alltag fördern
- 9) Psychosoziale Gesundheit fördern

10) Qualitativ hochstehende und leistbare Gesundheitsversorgung für alle sicherstellen

Wir fügen dem hinzu, dass ein geregelter fachlicher Austausch der europäischen Regionen organisiert werden soll, damit wir europaweit voneinander lernen, um die bestmögliche Gesundheitsversorgung zu gestalten.

Wir setzen uns ein für den Ausbau öffentlich finanzierter Forschungseinrichtungen. Gesundheitsforschung sollte dem Wohlergehen der Patientinnen und Patienten dienen. Die Industrie forscht hingegen zum Zwecke der Gewinnmaximierung. Diese Ziele passen nicht immer zusammen.

3.2 Ein einheitliches, exzellentes europäisches Gesundheitssystem schaffen

Wir stehen für europaweite Exzellenz im Gesundheitssystem ungeachtet des Wohnorts und persönlichen Einkommens.

- **Eine gute gesundheitliche Versorgung ist ein europäisches Grundrecht**

Alle europäischen Bürger*innen haben die Möglichkeit, zeitnah die Gesundheitsversorgung in Anspruch zu nehmen, die sie gerade brauchen. Machen wir Schluss mit unerträglich langen Wartezeiten.

- **Eine einheitliche europäische Gesundheitsversorgung**

Eine unabhängige Europäische Gesundheitsbehörde ist satzungsgemäß der Gesundheitsförderung der Bevölkerung verpflichtet, ähnlich unabhängig und fachlich orientiert wie die Europäische Zentralbank der Gesundheit des Geldsystems verpflichtet ist. Sie entwickelt ein Qualitätsmanagement, das geeignet ist, exzellente Einrichtungen und Behandlungen zu identifizieren und europaweit durch Prozesse gemeinsamen Lernens zu verbreiten. Ferner initiiert sie Forschungsprogramme, die den Notwendigkeiten der medizinischen Versorgung entsprechen.

- **Gesundheitspolitik umfasst alle Politikfelder**

Die Gesundheitsbehörde hat Mitspracherecht in allen Belangen, die die Gesundheit beeinflussen, wie Arbeitsrecht, Stadtplanung, Lebensmittelrecht, Schulorganisation usw.

- **Es darf keine regionalen Unterschiede in der Qualität der Gesundheitsversorgung geben**

Der Zugang zum Gesundheitssystem sollte allen EU-Bürger*innen überall in der EU gleichermaßen offenstehen.

3.3 Kosten senken und Effizienz steigern

Derzeit werden die explodierenden Kosten im Gesundheitssystem vorwiegend zu Lasten der Patientinnen und Patienten gedämpft. Stattdessen sind krankmachende Lebensumstände zu identifizieren und zu adressieren.

- Die Regelungen in allen gesellschaftlichen Bereichen sind hinsichtlich ihrer Relevanz für die Gesundheit zu durchforsten und entsprechend anzupassen. Die 2012 vom Ministerrat beschlossenen zehn Gesundheitsziele geben dafür gute Hinweise. Sie müssen nur verbindlich umgesetzt werden. Das betrifft z.B. die Lebens- und Arbeitsbedingungen, Lebensmittel, Luft, Wasser, die Abwesenheit von Lärm und vieles mehr.
- Soziale Begegnungsräume, die unterstützt werden von Community Nurses und Sozialarbeitern leisten einen wichtigen Beitrag für die psychosoziale und körperliche Gesundheit der Bevölkerung, wie Erfahrungen z.B. in den Niederlanden zeigen.
- Präventive gesundheitliche Maßnahmen müssen sich für die in den Gesundheitsberufen Tätigen lohnen.

3.4 Die Gesundheit der Kinder fördern

In Schulen soll die Gesundheitsförderung einen zentralen Stellenwert einnehmen. Dazu gehören gesunde Ernährung, ausreichende Bewegung (sowie die Freude daran) und Maßnahmen zur psychosozialen Stabilität, inklusive der Thematisierung von sexueller Gesundheit und Selbstbestimmung.

3.5 Gerechte Diagnostik für chronische Kranke

Viele chronische Erkrankungen entziehen sich der aktuellen objektivierenden Diagnostik. Diese Patientinnen und Patienten müssen die rehabilitative Behandlung erhalten, die sie benötigen. Dabei darf die Behandlung nicht auf eine rein pharmakologische Behandlung beschränkt bleiben. Chronische Krankheiten betreffen immer die gesamte Persönlichkeit. Beispiele für häufig schlecht oder einseitig versorgte chronisch Kranke sind Schmerzen im Bewegungsapparat, Adipositas, metabolisches Syndrom, Suchterkrankungen, ME/CFS und Long Covid usw. Menschen, die nicht im Erwerbsleben stehen, werden dabei unterstützt, dass sie einer sinnvollen Tätigkeit nachgehen. Langzeitarbeitslose, chronisch Kranke und Alte können sozial oder künstlerisch wertvollen Tätigkeiten nachgehen, wenn sie die dafür notwendigen Rahmenbedingungen vorfinden.

3.6 Diversitätssensible Medizin

Das Gesundheitssystem muss die unterschiedlichen Bedürfnisse und Voraussetzungen aller Patient*innen ernst nehmen und anerkennen, dass sich individuelle Krankheitsverläufe, Symptome und die Wirkung von Medikamenten je nach genetischer Veranlagung, Hauttyp, Geschlecht oder ethnischer Herkunft unterscheiden können (z.B. Medikamente, die nur an europäischen Männern getestet werden, und bei Frauen oder asiatischstämmigen Menschen dann anders wirken, Aufklärung über unterschiedliche Symptome bei einem Herzinfarkt bei Männern und Frauen...).

3.10 Reproduktive und sexuelle Selbstbestimmung

Sexualität und Schwangerschaft beruhen auf individuellen Lebensentscheidungen, die vom Staat zu respektieren sind. Er sollte unterstützen und Informationen bereitstellen, aber nicht urteilen.

- Beratungsangebote zu Sexualität und Familienplanung müssen diskriminierungsfrei, flächendeckend, barrierefrei und mehrsprachig zugänglich sein – unabhängig von Alter, Geschlecht, Herkunft oder Behinderung.
- Verhütungsmittel sollen im Rahmen eines staatlich finanzierten Programms kostenlos oder stark vergünstigt zur Verfügung stehen, insbesondere für Jugendliche, Menschen mit geringem Einkommen und andere benachteiligte Gruppen.
- Künstliche Befruchtung soll finanziell gefördert werden – unabhängig von sexueller Orientierung oder Familienmodell. Zusätzlich braucht es eine offene gesellschaftliche Debatte über die Legalisierung und Regulierung von Leihmutterschaft und Embryonenspende, um Familiengründung für alle Menschen zu ermöglichen.
- Abtreibung muss ein grundlegendes Recht in ganz Österreich sein. Schwangerschaftsabbrüche müssen durch die Krankenkassen finanziert werden.
- Die Geburt eines Kindes ist eine biopsychosoziale Erfahrung, bei der sowohl das körperliche als auch das psychische Wohl und die Würde der Gebärenden und Kinder im Zentrum stehen muss. Die WHO-Empfehlungen für eine würdevolle und respektvolle Geburt sind konsequent umzusetzen. Frauen müssen über ihre Rechte im Geburtsprozess umfassend informiert werden und haben das Recht auf eine selbstgewählte Begleitperson. Das Personal auf Geburtsstationen soll nicht nur medizinisch, sondern ebenso psychologisch geschult sein. Es ist Aufgabe der Aufsichtsbehörden zu untersuchen, ob und in welchem Ausmaß Gewalt unter der

Geburt stattfindet, um strukturelle Missstände zu beheben.

4. Rechtsstaat stärken, Korruption bekämpfen, Vertrauen schaffen

Volt will in Österreich ein neues Verhältnis zwischen Staat, Politik und Gesellschaft schaffen. In einem modernen Smart State dürfen Parteipolitik, Exekutive, Staatsunternehmen, Justiz und Medien nicht länger in undurchsichtigen Abhängigkeiten verstrickt sein. Österreich braucht klare Regeln, unabhängige Institutionen und maximale Transparenz, um das Vertrauen der Bürger*innen zurückzugewinnen und Korruption konsequent zu verhindern.

- **Staatsunternehmen unabhängig führen**

Staatsunternehmen müssen professionell und unabhängig von parteipolitischen Einflüssen gemanagt werden. Aufsichtsgremien sollen nach transparenten, qualifikationsbasierten Kriterien besetzt werden.

- **Trennung von Politik und Verwaltung**

Volt fordert klare Regeln gegen „Postenschacher“ und Freunderlwirtschaft. Führungspositionen im öffentlichen Dienst und in staatsnahen Unternehmen müssen strikt nach Kompetenz und Qualifikation vergeben werden.

- **Justiz unabhängig stärken**

Die Justiz soll organisatorisch und finanziell so ausgestattet werden, dass sie unabhängig arbeiten kann und nicht unter politischem Einfluss steht.

- **Transparenz im Umgang mit Medien**

Öffentlich-rechtliche Medien müssen unabhängig agieren können; staatliche Inseratenvergabe darf nicht als verdeckte Parteiwerbung missbraucht werden. Volt fordert klare Regeln zur Inseratentransparenz und strikte Kontrolle staatlicher Werbeausgaben.

- **Digitale Werkzeuge für Kontrolle und Transparenz:**

Öffentliche Ausgaben, Verträge und Vergaben sollen über leicht zugängliche digitale Plattformen für alle Bürger*innen einsehbar sein. E-Government-Lösungen sollen Transparenz und Bürger*innenbeteiligung stärken.

- **Lobbying und Interessensvertretung offenlegen:**

Einführung verpflichtender, öffentlicher Register für Lobbykontakte und

Interessensvertretungen auf allen Verwaltungsebenen, nach Vorbild des EU-Transparenzregisters.

5. Digitale Grundrechte & Sicherheit

Volt will Europa und damit Österreich zu einem Vorreiter für digitale Grundrechte und digitale Sicherheit machen. In einer vernetzten Welt sind der Schutz der Privatsphäre, der Zugang zu einem freien Internet und die Sicherheit digitaler Infrastrukturen Grundpfeiler einer funktionierenden Demokratie. Österreich soll hier Maßstäbe setzen und befolgen und Teil eines starken europäischen Rahmens sein.

- **Digitale Grundrechte sichern:**

Volt fordert eine *Digital Bill of Rights* auf europäischer Ebene, die Privatsphäre, Meinungsfreiheit, Informationsfreiheit und Netzneutralität als verbindliche Grundrechte schützt. Österreich soll sich aktiv für diese Standards einsetzen und sie in allen internationalen Vereinbarungen unterstützen.

- **Privatsphäre und Datenschutz stärken:**

Österreich muss ein Vorbild für hochwertigen Datenschutz bleiben und den Einsatz von Verschlüsselungstechnologien fördern. Persönliche Daten sollen auch bei internationaler Speicherung den europäischen Datenschutzstandards unterliegen.

- **Offenes und freies Internet garantieren:**

Volt will sicherstellen, dass das Internet in Österreich offen, diskriminierungsfrei und zugänglich bleibt – als Grundlage für Innovation, Teilhabe und freie Meinungsäußerung.

- **Transparenz und Unabhängigkeit durch Open Source:**

Öffentliche digitale Infrastruktur in Österreich soll verstärkt auf Open-Source-Lösungen basieren, um Abhängigkeiten von Konzernen zu verringern und Sicherheit und Transparenz zu erhöhen.

- **Cyberabwehr europäisch stärken:**

Österreich soll sich für den Aufbau einer starken europäischen Cyberabwehr einsetzen und Ressourcen aus traditionellen Militärbudgets in Forschung und Entwicklung digitaler Sicherheitslösungen verlagern.

- **Schutz vor digitaler Bedrohung:**

Volt fordert einen konsequenten Schutz vor Cyberkriminalität, Desinformationskampagnen und digitalen Angriffen durch eine enge Zusammenarbeit Österreichs mit europäischen Partnern, Plattformen und Technologieunternehmen.

II. Wirtschaftliche Renaissance - Investition, Innovation und Integration

Unsere Vision: Ein Europa, eine Wirtschaft

Europa steht vor einer neuen wirtschaftlichen Ära, die von Innovation, Nachhaltigkeit und sozialer Gerechtigkeit geprägt sein soll. Volt setzt sich dafür ein, dass wirtschaftlicher Erfolg allen zugutekommt, gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht und unsere natürlichen Lebensgrundlagen schützt. In dieser europäischen Wirtschaft sind Fortschritt und Unternehmergeist ebenso wichtig wie faire Arbeitsbedingungen, Chancengleichheit und ökologische Verantwortung.

Volt Österreich ist überzeugt, dass Österreich in diesem Aufbruch eine Vorreiterrolle einnehmen kann und soll: Mit dem Potenzial für eine starke Forschungslandschaft, engagierten Unternehmen und einem klaren Bekenntnis zur sozialen Marktwirtschaft kann unser Land zeigen, wie wirtschaftliche Modernisierung gelingt. Volt setzt auf gezielte Investitionen in Schlüsseltechnologien, auf die Förderung von Start-ups und KMU sowie auf eine öffentliche Verwaltung, die Innovation ermöglicht und Bürger*innen entlastet.

Österreich befindet sich im Herzen Europas und profitiert in besonderem Maße von der europäischen Vielfalt sowie den zahlreichen zur Verfügung stehenden Kompetenzen – gemeinsam können wir unser Land zum Herzen der europäischen Wirtschaft verwandeln. So gestalten wir eine Zukunft, in der Wohlstand, Innovation und Nachhaltigkeit Hand in Hand gehen – für Österreich und für ganz Europa.

1. Eine innovative und prosperierende Wirtschaft

Volt setzt auf gezielte Investitionen in Innovation, Forschung und Digitalisierung, um Österreich zu einem führenden, zukunftsfähigen Wirtschaftsstandort im Herzen Europas zu machen.

1.1 Investitionen in Innovation und Forschung

Unsere globalisierte Welt befindet sich in einem ständigen Wandel. Damit Österreich stets an der Spitze des neuesten Wissens, der innovativsten Technologien und fortschrittlichsten Entwicklungen bleibt, setzt Volt Österreich auf gezielte Förderung von Forschung, Schlüsseltechnologien

und Innovationszentren, um Österreich zum attraktiven Standort für zukunftsweisende Unternehmen und Talente zu machen. Dies umfasst:

- **Forschung fördern:**

Um Wissen auf dem letzten Stand zu garantieren, soll Österreich gezielt in die Forschung von Schlüsseltechnologien wie Digitalisierung, Big Data, Life Sciences und Green Tech investieren. Öffentliche und private Forschung werden durch steuerliche Anreize, Förderprogramme und internationale Kooperationen gestärkt.

- **Förderung spezialisierter Innovationszentren und europäischer Netzwerke**

Um den wissenschaftlichen und technologischen Austausch zu ermöglichen und zu fördern, setzt sich Volt für die Entwicklung spezialisierter Innovationszentren ein. Diese sollen in enger Kooperation mit Universitäten, Unternehmen und Start-ups entstehen und gezielt den Technologietransfer beschleunigen. Dadurch werden attraktive Rahmenbedingungen geschaffen, um internationale Talente und innovative Köpfe nach Österreich zu bringen.

Gleichzeitig unterstützt Österreich den Aufbau eines EU-weiten Netzwerks von Inkubatoren, Mentor*innen und Beratungsstellen. Dieses Netzwerk verschafft Gründer*innen Zugang zu Know-how, Investoren und internationalen Märkten und erleichtert die Internationalisierung österreichischer Start-ups. Die gezielte Vernetzung von Innovationszentren und Inkubatoren auf europäischer Ebene stärkt so die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts und fördert nachhaltige Innovation.

2. Das neue Unternehmertum

*Volt führt das Unternehmertum in eine Renaissance:
Verantwortungsvoll für die Mitarbeiter*innen, Umwelt, Gesellschaft -
innovativ und europäisch.*

Das Unternehmertum soll mit Volt eine neue Renaissance erleben: weg von Gier und Missbrauch, hin zu Verantwortung, Innovation und Solidarität. Diverse Wirtschaftsskandale in Österreich haben gezeigt, wie sehr giergetriebenes Handeln das Bild von Unternehmer*innen in Österreich beschädigen kann – dabei bilden verantwortungsvolle Unternehmer*innen einen unverzichtbaren Baustein unserer Gesellschaft. Volt steht für ein Unternehmertum, das wirtschaftlichen Erfolg mit sozialer und ökologischer Verantwortung verbindet, verwurzelt in den europäischen Werten von Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit. Als politische Stimme für KMU, Soloselbstständige, Freelancer und digitale Nomaden schafft Volt die Rahmenbedingungen für ein grenzüberschreitendes, nachhaltiges Unternehmertum, das unsere Gesellschaft aktiv mitgestaltet. Vor allem

diese Gruppe sollen für Volt das Rückgrat einer lebendigen Wirtschaft bilden, denn gerade sie stehen für regionale Verbundenheit, Flexibilität und meist auch für eine engere Beziehung zu Mitarbeiter*innen und Umwelt.

2.1 Förderung von Start-ups und KMU

Bürokratische Hürden werden abgebaut, der Zugang zu Risikokapital erleichtert und Gründungszentren ausgebaut. Ziel ist es, Österreich als attraktiven Standort für innovative Unternehmen zu positionieren. Volt sieht Vorteile in einer Wirtschaft, die nicht nur aus großen Unternehmen und Konzernen besteht, sondern deren Rückgrat aus KMUs besteht. KMUs haben eine engere, emotionalere Beziehung zu deren Mitarbeitern, eine engere Bindung an die Region und sind meist inhabergeführt, was eine höhere soziale Nachhaltigkeit mit sich bringt.

2.2 Gründungsfreundlichkeit

Die Gründung eines Unternehmens soll europaweit vollständig digital, innerhalb von drei Tagen und zu minimalen Kosten möglich sein. Volt Österreich setzt sich für die Vereinheitlichung und Vereinfachung aller Gründungsprozesse ein, insbesondere auch für Freiberufler*innen. Volt schafft überdies einen europaweiten digitalen One-Stop-Shop, der Unternehmensgründung und Verwaltung vereinfacht und Innovation fördert.

Die Gründung von Kapitalgesellschaften in Österreich sollte deutlich erleichtert werden. Besonders für Ein-Personen-Unternehmen (EPUs) setzt sich Volt Österreich dafür ein, ein symbolisches Mindesthaftungskapital von etwa 1 Euro zu ermöglichen – ähnlich wie in den Niederlanden, wo eine BV (niederländische GmbH) bereits mit 1 Euro gegründet werden kann. Das Kapital kann dann im Laufe der Geschäftstätigkeit schrittweise aufgestockt werden, bis das reguläre GmbH-Haftungskapital erreicht ist. So werden Gründer*innen mit innovativen Ideen und geringem Startkapital gezielt unterstützt

2.3 Zweite Chance für Gründer*innen

Ehrliche Unternehmer*innen, die mit ihrem Unternehmen gescheitert sind, erhalten eine faire zweite Chance. Insolvenzverfahren werden vereinfacht und die Restschuldbefreiung beschleunigt. Unternehmer*innen, die sich ihrer Verantwortung und Haftung durch Anwendung legaler oder illegaler Methoden entziehen und dadurch Gläubiger, Mitarbeiter*innen und sonstige involvierte Personen schädigen, sind von diesen Erleichterungen ausgenommen.

2.4 Sozialunternehmertum

Volt stärkt Sozialunternehmertum als Teil des neuen Unternehmertums, in

dem wirtschaftlicher Erfolg und gesellschaftlicher Mehrwert Hand in Hand gehen. Sozialunternehmen sollen sichtbarer werden und faire Rahmenbedingungen erhalten, damit ihr Beitrag zur Lösung gesellschaftlicher Herausforderungen anerkannt und gefördert wird.

- Förderung von Sozialunternehmen durch eigene Rechtsformen, öffentliche Zertifikate und steuerliche Vorteile
- Entwicklung eines europäischen Rahmens für Social Business, der Verantwortung und Innovation verbindet
- Stärkung der Sichtbarkeit und Wertschätzung von Unternehmen, die primär gesellschaftlichen Mehrwert schaffen

3. Digitalisierung als Wachstumsmotor

Um innovative Unternehmen und Investitionen nach Österreich zu holen, ist es entscheidend, Digitalisierung konsequent in die Praxis umzusetzen. Volt setzt sich für eine umfassende Digitalisierung der Verwaltung, Infrastruktur und Datenplattformen ein – barrierefrei und für alle zugänglich.

Digitalisierung ist ein zentraler Treiber für Produktivität und Innovation. Studien von Mario Draghi und Enrico Letta zeigen, dass Europa im Vergleich zu den USA vor allem deshalb wirtschaftlich hinterherhinkt, weil die digitale Transformation langsamer voranschreitet. In den USA führte die intensive Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien zu einem starken Produktivitätsschub und zur Entstehung globaler Technologieführer. Europa und Österreich müssen daher ihre digitalen Kapazitäten ausbauen, um im globalen Wettbewerb nicht abgehängt zu werden.

Darüber hinaus erzeugt Digitalisierung starke Spillover-Effekte: Sie verbessert Effizienz und Wettbewerbsfähigkeit in traditionellen Branchen wie Industrie, Handel und Dienstleistungen. Eine moderne digitale Infrastruktur macht Österreich zudem als Standort attraktiver für innovative Unternehmen und Fachkräfte. Gleichzeitig stärkt sie die wirtschaftliche Resilienz und Unabhängigkeit, indem Abhängigkeiten von außereuropäischen Anbietern reduziert werden.

4. Finanzierung und Nachhaltigkeit

*Volt setzt sich für ein stabiles und integriertes europäisches Finanzsystem ein, das Unternehmen und Bürger*innen in Österreich und Europa verlässlichen Zugang zu Kapital und Finanzdienstleistungen bietet und so Innovation und Wachstum fördert.*

4.1 Integriertes Finanzsystem und Kapitalmarkt

Volt Österreich fördert die Integration der Finanzmärkte und Kapitalmarktunion, um Investitionen, Innovationen und nachhaltiges Wachstum in ganz Europa zu ermöglichen.

- **Integriertes Finanzsystem:**

Österreich soll sich für eine tiefere Integration der europäischen Finanzmärkte einsetzen. Dazu zählen europäische einheitliche Regulierungen, die Förderung von grenzüberschreitenden Finanzdienstleistungen und die Beseitigung nationaler Schranken im Finanzsektor. Ein solches System erleichtert Unternehmen und Bürger*innen den Zugang zu Kapital und Finanzdienstleistungen europaweit.

- **Integrierter Kapitalmarkt:**

Die Vollendung der EU-Kapitalmarktunion wird vorangetrieben. Der Kapitalmarkt ist der Zugang zu Finanzmitteln, die für Investitionen und Innovationen benötigt werden. Die Kapitalmarktunion ist eine EU-Initiative, die darauf abzielt, die Kapitalmärkte der Mitgliedstaaten zu einem echten Binnenmarkt zu verbinden. Dadurch sollen Unternehmen – insbesondere auch kleine und mittlere – leichter Kapital erhalten, grenzüberschreitende Investitionen erleichtert und die Abhängigkeit von Bankkrediten verringert werden. Ein gut funktionierender Kapitalmarkt fördert Wachstum, Innovation und Wettbewerbsfähigkeit in Österreich und Europa.

- **Förderung von Wagniskapital und Business Angels:**

Der Zugang zu Wagniskapital und Business Angels ist für Start-ups und innovative Kleinunternehmen in Österreich nach wie vor deutlich schwieriger als in führenden Start-up-Nationen. Dies hemmt das Wachstum von zukunftsorientierten Unternehmen und die Entstehung neuer Arbeitsplätze. Volt fordert daher einen gezielten Ausbau der Rahmenbedingungen, um privates Risikokapital und Business Angels nachhaltig zu fördern und Österreichs Start-up-Ökosystem zu stärken.

Volt setzt sich ein für:

- **Gezielte steuerliche Anreize und rechtliche Erleichterungen**

für Wagniskapitalgeber, Business Angels und Kleinanleger, z. B. Kapitalertragssteuererleichterungen, Verlustausgleichsmöglichkeiten und vereinfachte Beteiligungsmodelle (Crowd-Investing).

- **Schaffung eines nationalen Co-Investment-Fonds,**

der private Frühphaseninvestitionen ergänzt, sowie Aufbau einer österreichweiten Business-Angel-Plattform zur Vernetzung und Transparenz.

- **Integration in ein europäisches Wagniskapital-Netzwerk,**

um grenzüberschreitende Investments und Wachstumsfinanzierungen zu fördern.

- **Abbau bürokratischer Hürden**

durch digitale One-Stop-Plattformen für Beteiligungs-, Registrierungs- und Förderprozesse.

5. Ein fairer und gerechter Arbeitsmarkt

Volt schafft faire Chancen und soziale Sicherheit am Arbeitsmarkt, damit alle Menschen in Österreich und Europa von wirtschaftlichem Fortschritt profitieren und niemand zurückgelassen wird.

Arbeit ist nicht nur Mittel zum Geldverdienen – Arbeit stiftet Sinn, ermöglicht gesellschaftliche Teilhabe und persönliche Entfaltung. Volt schafft faire Chancen und soziale Sicherheit am Arbeitsmarkt, damit alle Menschen in Österreich und Europa von wirtschaftlichem Fortschritt profitieren und niemand zurückgelassen wird. Neue Arbeitsmodelle, die Flexibilität, Eigenverantwortung und soziale Sicherheit verbinden, sollen Menschen aller Altersgruppen und Lebenssituationen die Möglichkeit geben, sinnstiftend und selbstbestimmt am Arbeitsleben teilzunehmen. Volt steht für ein Arbeitsumfeld, das auch Start-ups, Selbstständige, Freelancer und EPU's stärkt und deren Interessen auf europäischer Ebene einbezieht und vertritt.

5.1 Faire Löhne und soziale Absicherung

Volt will soziale Sicherheit unabhängig von Beschäftigungsform, Alter oder Herkunft garantieren. Niemand soll in Europa in Armut leben müssen – ob angestellt, selbstständig oder in neuen Arbeitsformen tätig. Soziale Systeme müssen inklusiv, einfach und berechenbar sein.

- Einführung eines europäischen Mindestlohns, angepasst an nationale Gegebenheiten, überall über der Armutsgrenze.
- Vereinfachung und bessere Berechenbarkeit der Sozialbeiträge, vor allem für Solo-Selbstständige in Österreich.

- Flexible Rentenmodelle und Teilzeitleösungen für einen selbstbestimmten Übergang in den Ruhestand.
- Wissenschaftlich begleitete Pilotprojekte zu bedingungslosem Grundeinkommen und Startkapital. Bis dahin Einführung eines europäischen Mindeststandards bei sozialem Schutz, um überall auf dem Gebiet der Europäischen Union für gleiche Lebensbedingungen zu sorgen.

5.2 Zukunft der Arbeit und neue Arbeitsmodelle

Volt fördert faire und flexible Arbeitszeitmodelle, wie das Wahlarbeitszeitgesetz auf europäischer Ebene, Familienarbeitszeit und Teilzeitmodelle für Eltern und ältere Menschen. Die Förderung von Genossenschaften, alternativen Arbeitsformen und digitalen Arbeitsmodellen soll mehr Menschen Zugang zu wirtschaftlicher Eigenständigkeit geben. Volt tritt für die Schaffung eines europäischen Arbeitsmarktplatzes zur verbesserten Jobvermittlung ein und unterstützt Umschulungen, Weiterbildungen und Mobilitätsprogramme, um Menschen fit für den Wandel zu machen. Selbstständige und Freelancer sollen einfacher grenzüberschreitend arbeiten können, ohne bürokratische Hürden.

5.3 Chancengleichheit und Inklusion

Volt setzt sich für einen Arbeitsmarkt ein, der allen Menschen faire Chancen bietet – unabhängig von Geschlecht, Herkunft oder Alter. Die Teilhabe am wirtschaftlichen Leben soll für alle möglich sein.

- Maßnahmen zur Förderung der Erwerbsbeteiligung von Frauen, Eltern und Menschen mit Behinderung
- Ziel: Beseitigung des Gender Pay Gaps und gleichberechtigte Teilhabe
- Ausbau von Programmen für Ausbildungsplätze, Praktika und Berufseinstieg für junge Menschen
- Einführung steuerlicher Anreize für Unternehmen, die junge Menschen beschäftigen
- Anerkennung von Qualifikationen, Sprachförderung und gezielte Programme zur Arbeitsmarktintegration von Migrant*innen

6. Gerechte und nachhaltige Steuerpolitik

Volt steht für eine gerechte, transparente und nachhaltige Steuerpolitik, die Steuerflucht verhindert, digitale Großunternehmen angemessen besteuert und nachhaltiges Verhalten belohnt.

6.1 Progressive Besteuerung und Bekämpfung von Steuervermeidung

Volt strebt ein Steuersystem an, das Fairness, Transparenz und soziale Gerechtigkeit miteinander verbindet. Alle Menschen und Unternehmen sollen entsprechend ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit zum Gemeinwohl beitragen. Steuervermeidung, Steuerflucht und unfaire Praktiken großer Konzerne – insbesondere im digitalen Bereich – müssen wirksam bekämpft werden, um die Handlungsfähigkeit des Staates zu sichern und gleiche Wettbewerbsbedingungen zu schaffen. Ein europäisch abgestimmtes und kooperatives Vorgehen ist dabei entscheidend, um Steuerdumping zu verhindern und eine solidarische Finanzierung der Zukunftsaufgaben Europas sicherzustellen.

- **Steuertransparenz und -kooperation:**

Volt Österreich setzt sich für eine europaweite Harmonisierung der Unternehmensbesteuerung, den Austausch von Steuerdaten und die konsequente Bekämpfung von Steuerflucht ein. Ziel ist ein europäisches, zentralisiertes Steuerwesen.

- **Digitale Besteuerung**

Digitale Großunternehmen werden angemessen besteuert, um Wettbewerbsverzerrungen zu vermeiden.

6.2 Lenkungssteuern für Nachhaltigkeit

Volt will Steuern gezielt als Instrument nutzen, um nachhaltiges Verhalten zu stärken, ökologische Transformation zu finanzieren und Ressourcen effizienter zu nutzen. Folgende Maßnahmen wären dafür denkbar:

- Einführung einer ambitionierten CO₂-Bepreisung zur Reduktion von Emissionen und Finanzierung von Klimaschutzmaßnahmen
- Einführung einer Bodenwertsteuer (Land Value Tax) zur Förderung effizienter Bodennutzung, Bekämpfung von Spekulation und Unterstützung nachhaltiger Stadtentwicklung
- Schaffung steuerlicher Anreize für nachhaltige Produkte und Dienstleistungen zur Förderung umweltfreundlichen Konsums

7. Nachhaltiges Wachstum und Resilienz

Volt fördert nachhaltiges Wachstum und wirtschaftliche Resilienz, indem Wohlstand neu gemessen, grüne Innovationen gestärkt und die Wirtschaft krisenfest gemacht werden – für eine lebenswerte Zukunft in Österreich und Europa.

Volt steht für ein neues Wachstumsmodell, das wirtschaftlichen

Erfolg, ökologische Verantwortung und sozialen Ausgleich vereint. Wohlstand wird nicht mehr allein am BIP gemessen, sondern an Lebensqualität, sozialer Teilhabe und dem Zustand unserer Umwelt. Die grüne Transformation erfordert Mut und Entschlossenheit – ebenso wie Verantwortung für die Menschen, deren Arbeitsplätze sich durch diesen Wandel verändern. Ihre Arbeit war und ist wertvoll. Sie verdienen Anerkennung und Unterstützung, um in Würde neue, passende berufliche Perspektiven zu finden. Volt will sicherstellen, dass der Staat alle Grundlagen schafft, um faire Chancen für alle zu garantieren.

7.1 Neues Wachstumsparadigma

Volt will Wohlstand neu definieren und nachhaltige Geschäftsmodelle stärken.

- Ergänzung des BIP um soziale und ökologische Indikatoren wie Lebensqualität, Umweltzustand und Teilhabe.
- Förderung von Kreislaufwirtschaft, Ressourceneffizienz und grünen Technologien als Grundlage einer nachhaltigen Industriepolitik.

7.2 Nachhaltige Industriepolitik

- Volt stärkt eine nachhaltige Industrie, die Ökologie, Innovation und strategische Resilienz vereint.
- Förderung von Kreislaufwirtschaft, Ressourceneffizienz und grünen Technologien in Forschung und Produktion.
- Erhaltung und Modernisierung strategischer Schlüsselindustrien – etwa der Stahlproduktion – zur Sicherung europäischer Unabhängigkeit und wirtschaftlicher Resilienz.
- Aufbau eines diversifizierten europäischen Industriegefüges mit wohldefinierten Standorten, auch in Österreich, wo es ökologisch und wirtschaftlich sinnvoll ist.

7.3 Green Deal für Österreich

Volt investiert in erneuerbare Energien, nachhaltige Mobilität und eine gerechte Energiewende, damit alle von der Transformation profitieren. Eine Dekarbonisierung der Wirtschaft kann nicht ohne sozialen Ausgleich funktionieren.

- **Investitionen in erneuerbare Energien:**

Der Ausbau von Wind-, Solar- und Wasserkraft wird beschleunigt. Innovationen im Bereich Energiespeicherung und intelligente Netze werden gefördert. Österreich kann aufgrund seiner Topographie zum Energiespeicher Europas werden.

- **Nachhaltige Mobilität:**

Öffentlicher Verkehr, Elektromobilität und Sharing-Modelle werden ausgebaut. Infrastruktur für Rad- und Fußverkehr wird verbessert.

- **Gerechte Teilhabe an der Energiewende**

Alle Menschen sollen von der Energiewende profitieren. Maßnahmen zur gerechten Teilhabe und zur Unterstützung von Haushalten bei der Anpassung an neue Energiepreise werden entwickelt.

- **Verantwortung für Beschäftigte im Wandel**

Volt will sicherstellen, dass die grüne Transformation nicht auf Kosten der Menschen geht, deren Arbeitsplätze sich verändern. Jeder soll die Chance erhalten, in Würde neue Perspektiven zu finden und seine Fähigkeiten in zukunftsfähige Beschäftigungen einzubringen.

- Sicherstellung, dass Menschen, deren Arbeitsplätze durch die grüne Transformation entfallen, in Würde und mit Anerkennung ihrer bisherigen Arbeit neue Perspektiven finden
- Angebote zur Umschulung und Weiterqualifizierung, die auf die individuellen Neigungen und Fähigkeiten der Betroffenen abgestimmt sind
- Aufbau eines europaweiten Programms für lebenslanges Lernen, begleitet von sozialer Absicherung während der Übergangsphasen
- Verpflichtung des Staates, alle nötigen Grundlagen für faire Übergänge in neue Beschäftigungen zu schaffen (z. B. durch Beratungsangebote, finanzielle Unterstützung, individuelle Weiterbildungspläne und nicht zuletzt besondere soziale Fürsorge)

8. Europäische Initiativen für ein faires und integriertes Europa

Volt setzt auf europäische Zusammenarbeit, Serviceorientierung und regionale Entwicklung, damit Österreich und alle Regionen Europas gleichermaßen vom gemeinsamen Binnenmarkt profitieren.

8.1 Teilhabe und Service

Volt steht für eine Wirtschaft, die nach dem *Profits-for-all*-Prinzip funktioniert: wirtschaftlicher Fortschritt muss allen zugutekommen, nicht nur wenigen. Der gesellschaftliche Mehrwert und der Nutzen für die Gemeinschaft sind die zentralen Maßstäbe, nach denen Wirtschaftspolitik gestaltet wird. Staat und Verwaltung sollen dabei serviceorientiert handeln, damit Unternehmen und Bürger*innen bestmöglich unterstützt

werden.

- Wirtschaftspolitik wird so gestaltet, dass gesellschaftlicher Mehrwert im Mittelpunkt steht und Wohlstand breit verteilt wird.
- Öffentliche Leistungen und Verwaltung werden konsequent serviceorientiert und digitalisiert ausgebaut, um Bürger*innen und Unternehmen das Leben zu erleichtern.
- Wirtschaftliche Aktivitäten müssen fair, transparent und auf das Gemeinwohl ausgerichtet sein.

8.2 Regionale Entwicklung

Volt will sicherstellen, dass alle Regionen – unabhängig von ihrer Lage oder Geschichte – vom gemeinsamen Binnenmarkt und dem wirtschaftlichen Fortschritt profitieren. Regionen denken wir dabei nicht nur national, sondern europäisch – etwa die Region Bratislava/Wien oder Tirol/Südtirol. Wirtschaftliche Stärke und Teilhabe sollen über nationale Grenzen hinweg gefördert werden, wo es sinnvoll und nötig ist.

- Gezielte Förderung wirtschaftlich benachteiligter Regionen durch Investitionen, Infrastrukturprojekte und Programme zur regionalen Entwicklung.
- Abbau regionaler Unterschiede mit dem Ziel, gleichwertige Lebensverhältnisse in allen europäischen Regionen zu schaffen.
- Förderung grenzüberschreitender regionaler Kooperationen (z. B. gemeinsame Wirtschafts- und Innovationsprojekte in Grenzregionen).
- Nutzung von EU-Fonds gezielt für Bildung, Digitalisierung und nachhaltige Infrastruktur in strukturschwachen Regionen statt ineffizienter Großprojekte.
- Transparente und wirksame Kontrolle des Mitteleinsatzes, um Korruption und Fehlallokation zu verhindern.

III. Social Equality - Chancengleichheit und soziale Verantwortung

Die ersten drei Artikel der allgemeinen Erklärung der Menschenrechte lauten:

1. Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren. Sie sind mit Vernunft und Gewissen begabt und sollen einander im Geiste der Brüderlichkeit begegnen.

2. Jeder hat Anspruch auf alle in dieser Erklärung verkündeten Rechte und Freiheiten, ohne irgendeinen Unterschied, etwa nach Rasse, Hautfarbe, Geschlecht, Sprache, Religion, politischer oder sonstiger Anschauung, nationaler oder sozialer Herkunft, Vermögen, Geburt oder sonstigem Stand. Des weiteren darf kein Unterschied gemacht werden auf Grund der politischen, rechtlichen oder internationalen Stellung des Landes oder Gebietes, dem eine Person angehört, gleichgültig ob dieses unabhängig ist, unter Treuhandschaft steht, keine Selbstregierung besitzt oder sonst in seiner Souveränität eingeschränkt ist.

3. Jeder hat das Recht auf Leben, Freiheit und Sicherheit der Person.

Unsere Vision: Eine faire Gesellschaft für echte Chancengleichheit

Volt steht für Chancengleichheit. Herkunftsfamilie, Geschlecht, psychische und physische Besonderheiten, Religion oder sexuelle Identität sollten keinen Einfluss auf die Lebenschancen haben. Niemand sollte wegen seiner Eigenheiten diskriminiert werden. Die individuelle Entlohnung sollte genau so wie der (internationale) Handel neben dem jeweiligen Marktpreis vom Prinzip der Fairness getragen sein. Nur unter fairen Bedingungen ist sozialer und auch internationaler Friede zwischen den Nationen nachhaltig möglich.

Volt strebt eine Gesellschaft an, in der Vielfalt als Stärke gesehen wird, alle Menschen unabhängig von ihren Ausgangsbedingungen ihr Potenzial entfalten können und Solidarität die Grundlage unseres Zusammenlebens bildet.

1. Schutz der Menschen- und Bürger*innenrechte

Viele gesellschaftliche Gruppen kämpfen um ihre Rechte und wollen sich nicht den Normen einer als repressiv und ausgrenzend empfundenen Mehrheitsgesellschaft unterwerfen. Wenn wir auf die letzten Jahre und Jahrzehnte zurückblicken, begannen Frauen den Kampf um ihre Rechte schon vor langer Zeit, gefolgt von Schwulen, Lesben, usw. Noch wenig

wahrgenommen werden die diskriminierenden Vorgänge gegenüber vielen chronisch Kranken, Langzeitarbeitslosen oder auch Angehörigen anderer Staatsangehörigkeiten, von denen viele schon jahrelang hier leben, ohne in den Genuss der vollständigen Bürgerrechte wie z.B. dem Wahlrecht zu kommen. Diese Diskriminierungen sind manchmal "offiziell" auf Grund von Gesetzen, manchmal aber auch strukturell wie z.B. die nach wie vor verringerten Bildungs- und Karrierechancen von armen Menschen oder Immigranten.

*Volt unterstützt ausnahmslos alle gesellschaftlichen Gruppen in ihrem Bestreben nach vollständiger und gleichberechtigter Zuerkennung ihrer Menschen- und Bürger*innenrechte.*

1.1 Gesetzliche Grundlagen und Arbeitswelt

Gesetzliche und tarifliche Regelungen sind hinsichtlich ihrer direkten oder indirekten Diskriminierung von gesellschaftlichen Gruppen zu durchforsten. Dies betrifft insbesondere Vorschriften im Arbeitsrecht, im Sozialrecht und in kollektivvertraglichen Vereinbarungen, die Auswirkungen auf den Zugang zu Beschäftigung, Entlohnung, Arbeitsbedingungen oder soziale Leistungen haben und damit gegen das Gleichbehandlungsgebot nach Bundesverfassungsgesetz, Gleichbehandlungsgesetz oder einschlägigen EU-Vorgaben verstoßen könnten.

1.2 Öffentlicher Sektor

- Der öffentliche Sektor sollte beispielhaft für inklusive Personalpolitik agieren und alle gesellschaftlichen Gruppen entsprechend ihres Anteils an der Gesellschaft auf allen Ebenen der Hierarchie beteiligen.
- Der öffentliche Sektor veröffentlicht eine jährliche Statistik über die Repräsentation gesellschaftlicher Gruppen in diesem Bereich. Denn der öffentliche Sektor hat eine Vorbildfunktion inne und ist aufgrund seines Wesens für alle Bürger*innen da - im Gegensatz zum privaten Sektor, der der Vertragsfreiheit unterliegt.

1.3 Privatwirtschaft

Die Privatwirtschaft wird verpflichtet, innerhalb eines zumutbaren Zeitrahmens gesellschaftliche Gruppen auf allen Ebenen der Hierarchie gerecht zu repräsentieren.

1.4 Bildung

- Nichtdiskriminierungspolitik wird im Bildungssystem gelebt und vermittelt.

- Im Bildungssystem werden die Integrationsanstrengungen massiv verstärkt, um die Chancen armer und immigrierter Kinder deutlich zu erhöhen.

1.5 Sicherheit

- Polizeiliche Datenerhebung und Gewaltanwendung müssen frei von diskriminierenden Praktiken sein. Entsprechende Abläufe und Trainings sind zu implementieren.

1.6 Kinderschutz und Familie

- Das System der Österreichischen Kinder- und Jugendhilfe ist von unabhängiger Seite wissenschaftlich zu evaluieren unter den Gesichtspunkten der Menschenwürde und der optimalen Förderung.
- Der offizielle faktische Umgang mit scheiternden Ehen ist von unabhängiger Seite wissenschaftlich zu evaluieren unter den Gesichtspunkten der Menschenwürde und der optimalen Förderung.
- Das System der Kinder- und Jugend-WGs, Adoptionen und Pflegefamilien ist von unabhängiger Seite wissenschaftlich zu evaluieren unter den Gesichtspunkten der Menschenwürde und der optimalen Förderung.

2. Armut bekämpfen

Gemessen am Bruttoinlandsprodukt pro Kopf gehört Österreich zu den reichsten Ländern der Welt. Dabei sind 1,3 Millionen Menschen armutsgefährdet, das sind 14% der Gesamtbevölkerung, darunter 300.000 Kinder und Jugendliche (Daten AKOÖ).

Armut darf kein unabwendbares Schicksal sein. Insbesondere Elternschaft darf kein Armutsfaktor sein. Und Armut darf nicht zu schlechter Gesundheitsversorgung führen.

Volt setzt sich für eine Gesellschaft ein, in der niemand in Armut leben muss. Armut bedeutet nicht nur einen Mangel an materiellen Mitteln, sondern schränkt auch die gesellschaftliche Teilhabe und die Möglichkeit zur freien Lebensgestaltung ein. Österreich soll sicherstellen, dass alle Menschen über ein Einkommen und eine soziale Absicherung verfügen, die ihnen ein Leben in Würde und Sicherheit ermöglicht. Die Bekämpfung von Armut ist ein zentrales Ziel einer gerechten Gesellschaft.

2.1 Soziales Sicherungssystem

- Die Sozialsysteme müssen einen minimalen Lebensstandard, der die gesellschaftliche Teilhabe der Betroffenen fördert, gewährleisten.
- Das Mindesteinkommen muss deutlich über der Armutsgrenze liegen.
- Ein bedingungsloses Grundeinkommen ist mittels breit angelegter

Pilotversuche in unterschiedlichen Ausformungen zu untersuchen und gegebenenfalls einzuführen.

2.2 Unterstützung von Familien

Eltern mit Kindern sind adäquat zu unterstützen, materiell, aber auch mittels adäquater Beratungs- und Betreuungsangebote.

2.3 Zugang zu Hygiene und Verhütung

Armut darf kein Grund für ein beeinträchtigtes Sexualleben sein. Hygieneartikel und Verhütungsmittel sollten in Schulen, Frauenhäusern, Obdachlosenasylen usw. frei zugänglich sein.

2.4 Sozialer Wohnbau

- Der soziale Wohnbau muss den tatsächlichen Bedarf abdecken.
- Er soll alle Formen des Zusammenlebens wie z.B. Co-Housing unterstützen und so unterschiedliche Lebensentwürfe ermöglichen.

3. Vulnerable Gruppen in ihrer Teilhabefähigkeit unterstützen

Nicht alle Menschen sind den Anforderungen der modernen Arbeitswelt gewachsen. Ein wachsender Teil der Gesellschaft reagiert mit chronischer Krankheit auf unsere Lebenswelt. Andere erleben sich auf Grund ihres Alters oder leistungseinschränkenden Besonderheiten als am Rande der Gesellschaft stehend.

Wir finden, alle Menschen, die in ihrer gesellschaftlichen Teilhabefähigkeit eingeschränkt sind, sollten dabei unterstützt werden, sich aktiv einzubringen und des gesellschaftlichen Lebens teilhaftig zu sein. Das schützt ihre Würde und bereichert uns alle.

- Multigenerationale und andere integrativ wirkende Wohnformen sollten vom Staat finanziell unterstützt und beraterisch begleitet werden.
- Es ist zu gewährleisten, dass alle gesellschaftlichen Gruppen ein für sie passendes Mobilitätsangebot erhalten.
- Durch Anreize und Schulungen ist die Integration ansonsten benachteiligter Gruppen in den Arbeitsmarkt zu fördern. Wo diese marktwirtschaftlich nicht gelingt, muss diesen Gruppen ein Rahmen für sinnvolle Betätigung und soziale Teilhabe geboten werden.
- Die bestehenden unterstützenden Angebote für Kinder, Jugendliche und Erwachsene mit besonderen Bedürfnissen sind wissenschaftlich zu evaluieren hinsichtlich ihrer Orientierung an Menschenwürde und Steigerung der Teilhabefähigkeit und entsprechend zu reformieren.

IV. Global Balance - Verantwortung für unsere Umwelt und die Welt

VOLT Österreich sieht unser Land als Brückenbauer Europas. Mit kluger Diplomatie, Einsatz für Nachhaltigkeit und Achtung der Menschenwürde wollen wir zeigen, dass gemeinsamer Wohlstand für alle möglich ist – in Österreich, Europa und weltweit.

Unsere Vision: Österreich als europäischer Brückenbauer und Integrationschampion

Volt Österreich sieht unser Land als Europas Brückenbauer, Friedensstifter, Motor für die europäische Integration und Vorreiter in Sachen Nachhaltigkeit - und beweist damit, dass diplomatische Exzellenz und europäische Integration sich gegenseitig verstärkende Kräfte für globalen Fortschritt sind. Wir werden Österreichs strategische Position und diplomatische Tradition nutzen, um die europäische Einheit zu stärken, indem wir als Europas Tor zur Welt dienen und den Übergang des Kontinents zu einer gerechten und nachhaltigen Wirtschaft anführen.

Österreichs diplomatisches Erbe und seine internationale Präsenz versetzen uns in die Lage, Europas Zentrum für internationale Mediation, Klimadiplomatie und faire Handelspartnerschaften zu werden - Rollen, die Wohlstand für die österreichischen Bürger*innen schaffen und gleichzeitig zur globalen Stabilität beitragen. In einer zunehmend multipolaren Welt wird unsere Expertise in internationalen Beziehungen zu einem strategischen Vorteil, der es dem Kontinent ermöglicht, konstruktiv mit allen globalen Partnern zusammenzuarbeiten.

Volt Österreich sieht unser Land als Labor für die grüne Transformation Europas und zeigt, wie Alpenländer Klimaneutralität erreichen und gleichzeitig Wohlstand und strategische Unabhängigkeit schaffen und gefährdete Gemeinschaften schützen können. Unser Know-how im Bereich der erneuerbaren Energien, kombiniert mit unserer Tradition der Sozialpartnerschaft, versetzt Österreich in die Lage, in Europa den Beweis anzutreten, dass Umweltschutz und wirtschaftliche Dynamik einander nicht widersprechen, sondern sich gegenseitig verstärken.

1. Ein starkes Österreich in einem wohlhabenden Europa

Österreich soll eine wichtige diplomatische Drehscheibe in der fortschreitenden europäischen Integration und darüber hinaus werden, die durch friedlichen Dialog und vertrauensvolle Vermittlung Wohlstand schafft.

1.1 Österreichs Stärken nutzen, um die europäische Integration voranzutreiben

- Wien als symbolischen Ort und praktisches Zentrum für die Hinentwicklung

zu einer europäischen Republik etablieren. Hier sollen regelmäßige Treffen integrationswilliger Staaten und deren Vertreter*innen stattfinden, die den Prozess der politischen Vertiefung und die Schritte zu einer echten europäischen Demokratie vorantreiben.

- Ausbau der Rolle Wiens als Sitz bedeutender internationaler Organisationen durch aktives Werben um zusätzliche internationale Gremien, Schiedszentren und diplomatische Vertretungen, wodurch Tausende hochwertige Arbeitsplätze für österreichische Bürger*innen geschaffen werden und gleichzeitig Europas führendes Zentrum für Global Governance und internationale Zusammenarbeit etabliert wird.
- Österreichs diplomatische Tradition nutzen, um ein nachhaltiges wirtschaftliches Standbein durch die Beherbergung von internationalen Organisationen zu schaffen, die eine beträchtliche wirtschaftliche Aktivität in österreichischen Dienstleistungssektoren ermöglichen und Europa als globales Zentrum für multilaterale Diplomatie und friedliche Konfliktlösung positionieren.
- Wien als Europas führenden Standort für internationale Verhandlungen und Konfliktlösung ausbauen, unsere diplomatische Infrastruktur und unser internationales Renommee nutzen, um wirtschaftliche Werte für die österreichischen Bürger*innen zu schaffen und gleichzeitig den europäischen Interessen an globalem Frieden und Stabilität zu dienen.
- Vertiefung der europäischen Integration unter Nutzung der historischen Beziehungen Österreichs zu Südosteuropa, um gemeinsame Interessen zu koordinieren und zu vertreten.

2. Ökologischer Umbau für gemeinsamen Wohlstand

“Österreich soll treibende Kraft bei der grünen Transformation Europas werden.”

Volt will, dass Österreich seine besondere geographische Lage, seine alpine Landschaft und seine technologische Stärke nutzt, um ein Motor für nachhaltige Entwicklung und Energieautonomie in Europa zu sein. Der Schutz unserer natürlichen Ressourcen, die Sicherung von Arbeitsplätzen in Zukunftsbranchen und der Aufbau resilienter Infrastruktur sind dabei untrennbar mit einer klaren geopolitischen Verantwortung verbunden: Europa muss seine Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen aus autokratischen Staaten wie Russland oder den Golfstaaten überwinden und sich durch den Ausbau erneuerbarer Energien und Speichertechnologien souverän aufstellen.

2.1 Alpine Landschaft als wirtschaftliche und ökologische Priorität

- Österreichs alpine Umwelt als unser größtes natürliches Erbe und entscheidende Ressource zur Unterstützung des Tourismus und der nachhaltigen Landwirtschaft ist zu schützen, aufbauend auf Österreichs europäischer Vorreiterrolle mit über 25 % der landwirtschaftlichen

Nutzfläche unter biologischer Bewirtschaftung, um nachhaltige Entwicklungsmodelle zu demonstrieren, die den österreichischen Gesellschaft zugute kommen und gleichzeitig die europäische Umweltpolitik inspirieren.

- Österreich soll als Labor für Klimaanpassung und Energiewende dienen – ein Land an der Klimafront, das seine Gletscher, Natur und Rolle als Wasserturm und Erholungsraum Europas schützt und zugleich nachhaltige Lösungen entwickelt.
- Umfassende Strategien zum Schutz der Alpen sollten umgesetzt werden. Diese sollten unser Naturerbe bewahren, die Führungsrolle in biologischer Landwirtschaft stärken und nachhaltige Modelle schaffen, die Landwirten, Gemeinschaften und Europas Klimaanpassung dienen.

2.2 Europabatterie Österreich - Grüne Technologieführerschaft und Schaffung von Arbeitsplätzen

- Österreich sollte auf seinen signifikanten Vorteilen bei erneuerbaren Energien, insbesondere Wasserkraft, aufbauen, um eine europäische Führungsrolle bei Innovation und Export sauberer Technologien zu übernehmen, qualifizierte Arbeitsplätze zu schaffen und Europas technologische Souveränität zu stärken.
- Österreich als Zentrum für saubere Energieerzeugung und -speicherung, einschließlich nachhaltiger Fertigungsprozesse, etablieren, um neue Karrieremöglichkeiten für österreichische Bürger*innen zu schaffen, insbesondere in Regionen, die derzeit von kohlenstoffintensiven Industrien abhängig sind, und gleichzeitig die Abhängigkeit Europas von Energieimporten zu verringern.
- Österreich sollte Regionen im industriellen Wandel durch Investitionen in grüne Technologiecluster transformieren, damit alle vom Übergang profitieren und exportfähige grüne Technologien Europas Wettbewerbsfähigkeit stärken.
- Österreich soll die Entwicklung erneuerbarer Energien und den Ausbau intelligenter Netze als geostrategische Aufgabe begreifen, um Europas Abhängigkeit von fossilen Energieimporten zu beenden.
- Der Fokus liegt auf einer gemeinsamen europäischen Infrastruktur für Wind-, Solar und Wasserkraft sowie grenzüberschreitende Speicherlösungen. Österreich kann dabei als Zentrum europäischer Koordination dienen und einen Beitrag zu Europas Energiesouveränität und globaler Stabilität leisten.
- Investitionen in alternative Energien schaffen nicht nur Unabhängigkeit, sondern stärken auch die technologische Führungsrolle Europas und sichern hochwertige Arbeitsplätze in Österreich und Europa.

2.3 Gerechte ökologische Steuerverschiebung

- Österreich sollte eine Umweltsteuer nach dem Verursacherprinzip einführen und im Gegenzug Arbeit und nützliche wirtschaftliche Aktivitäten steuerlich entlasten, damit Haushalte profitieren und ein Modell fairer Umweltpolitik für Europa entsteht.
- Finanzierung kritischer nachhaltiger Infrastrukturverbesserungen durch Umweltsteuereinnahmen, einschließlich erweiterter öffentlicher Verkehrsmittel und energieeffizienter Wohnungsbauprogramme, die das tägliche Leben der österreichischen Bürger*innen direkt verbessern und gleichzeitig effektive grüne Investitionsstrategien für andere europäische Nationen demonstrieren.

2.4 Gerechte Energiewende und Klimaneutralität bis 2035

- Österreich sollte Klimaneutralität bis 2035 mit umfassender CO₂-Bepreisung anstreben und gefährdete Haushalte durch Dividenden und grüne Investitionshilfen schützen – als Modell für sozial gerechten und wirtschaftlich vorteilhaften Klimaschutz in Europa.
- Fossile Subventionen sollen abgeschafft und die Mittel in Umschulungen für Beschäftigte schrumpfender Industrien investiert werden, damit niemand im Wandel zurückbleibt und ein Modell für gerechte Übergangspolitik in Europa entsteht.
- Die Kapazitäten für erneuerbare Energien sollen ausgebaut und in Speicher sowie intelligente Netze investiert werden, um Energiesicherheit zu stärken, Abhängigkeiten von fossilen Importen zu verringern und Europas Energieunabhängigkeit zu fördern (ganz im Sinne von Punkt 2.2).

2.5 Nachhaltige Lebensstile und Ressourceneffizienz

- Österreich sollte Vorreiter bei nachfrageseitigen Maßnahmen werden, die Lebensqualität steigern und den Ressourcenverbrauch durch Kreislaufwirtschaft und lokale Produktionsnetzwerke drastisch senken – als Modell für nachhaltiges und wohlthuendes Leben in Europa.
- Es sollten Sharing-Angebote für Transport, Werkzeuge und Ausrüstung gefördert und regionale Lebensmittelsysteme sowie lokale Produktion gestärkt werden, um die Importabhängigkeit zu verringern, die Widerstandskraft der Menschen zu erhöhen und Europa Vorbilder für wirtschaftliche Relokalisierung zu bieten.
- Es sollten kürzere Arbeitszeiten, lokale Produktion und gemeinschaftsnahe Dienstleistungen gefördert werden, um mit weniger Ressourcen mehr für das Wohlbefinden Aller zu erreichen, die wirtschaftliche Souveränität zu stärken und Europa Alternativen zu konsumgetriebenem Wachstum zu zeigen.
- Förderung einer ausgewogenen, stärker pflanzlichen Ernährung – Volt

setzt auf Programme, die vegetarische und pflanzenbasierte Ernährung fördern, um Umweltbelastungen zu senken und gesunde Lebensweisen zu unterstützen – ohne moralischen Zeigefinger, sondern als freiwilliges Angebot und Beitrag zur Nachhaltigkeit.

2.6 Tierwohl und Tierschutz

- Wahrung des Europäischen Übereinkommens zum Schutz von Tieren in landwirtschaftlichen Tierhaltungen und Umsetzung des Grundsatzes der fünf Freiheiten für alle Tiere, die zu wirtschaftlichen Zwecken genutzt werden, wobei sicherzustellen ist, dass wissenschaftliche, kulturelle und gesellschaftliche Überzeugungen in die Politik im Bereich der Tierhaltung und der Handelspraktiken einbezogen werden.
- Ablehnung des Kaufs, der Gefangenschaft und der Verwendung von Wildtieren zu Schau- und Unterhaltungszwecken.
- Strenge Regulierung des Transports lebender Tiere innerhalb der EU und Verbot langfristiger Ausfuhren von Tieren aus der EU.
- Unterstützung der Erhaltung wild lebender Arten durch die Einrichtung städtischer Korridore für Bestäuber und die Umsetzung der europäischen Aktionspläne für Vogelarten.

3. Migration als wirtschaftliche und soziale Chance

Österreich kann zeigen, dass eine gut gesteuerte Migration die Gesellschaft und die Wirtschaft durch evidenzbasierte Integration stärkt.

Migration ist ein wichtiger und unverzichtbarer Teil der europäischen und österreichischen Realität. Sie hat unsere Gesellschaften wirtschaftlich, kulturell und sozial bereichert und wird auch in Zukunft entscheidend dazu beitragen, Wohlstand, Innovation und sozialen Zusammenhalt zu sichern. Diese Grundsätze beziehen sich auf den Bereich der *freiwilligen* Migration und zeigen, wie Österreich Migration als Chance gestalten und Integration erfolgreich umsetzen kann. Die *unfreiwillige* Migration – Asyl – unterliegt anderen Maßstäben: Asyl ist uneingeschränkt nach den Vorgaben der UN-Charta der Menschenrechte zu gewähren und bleibt in Europa ein nicht verhandelbares humanitäres Gebot.

3.1 Bewältigung der demografischen und qualifikatorischen Herausforderungen

- Österreich muss Lösungen für die alternde Bevölkerung und sinkende Geburtenraten entwickeln, um Pensionen und Gesundheitsversorgung zu sichern und Europas Antwort auf demografische Herausforderungen mitgestalten. Gesteuerte Migration kann dazu ein Mittel sein.
- Österreich sollte eine evidenzbasierte Migrationspolitik umsetzen, die Arbeitskräftemangel bzw. Fachkräftemangel in Gesundheit, Handwerk, anderen Wirtschaftszweigen und Innovation deckt und gleichzeitig ein humanes Migrationsmodell für Europa aufzeigt.

- Österreich soll Migration so gestalten, dass sozialer Zusammenhalt, humanitäre Verantwortung und wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit gesichert werden – als Beitrag zu einem europäischen Ansatz, der Integration und wirtschaftliche Bedürfnisse verbindet.
- Österreich soll effiziente Systeme zur Anerkennung ausländischer Qualifikationen einführen, bürokratische Hürden abbauen und die Integration von Arbeitskräften beschleunigen.
- Es sollten umfassende Integrationsprogramme mit Sprachkursen, Bildung und gesellschaftlichem Engagement gefördert werden, um den Beitrag von Neuankömmlingen zu stärken und den sozialen Zusammenhalt zu fördern.

3.2 Gemeinschaftlicher Integrationsansatz

- Österreich soll Integration auf gegenseitiges Verständnis und sozialen Zusammenhalt stützen, durch gemeinsame Aktivitäten Nachbarschaftsbande stärken und Europa zeigen, wie Integration lebendige Gemeinschaften schafft.
- Österreich soll Fehler früherer Politik vermeiden, die Migrant*innen in Unsicherheit und Abhängigkeit hielt, und stattdessen schnelle, wirksame Integration fördern – zum Nutzen aller und als Vorbild für Europa.
- Volt regt an, daß in jeder Gemeinde Integrationsräte eingerichtet werden sollten, um lokale Verantwortung zu stärken und Integration gemeinsam mit Bürger*innen und Neuankömmlingen zu gestalten.

4. Globale Solidarität durch faire Wirtschaftspartnerschaften

Österreich wird sich für eine internationale Zusammenarbeit einsetzen, bei der die Menschenwürde an erster Stelle steht, und weltweit faire Partnerschaften aufbauen.

4.1 Handelsabhängiger Wohlstand und globale Stabilität

- Volt Österreich erkennt an, dass die österreichische Wirtschaft mit rund 56 % des BIP stark vom Export abhängt. Daraus folgt, dass der Wohlstand der Menschen in Österreich eng mit globaler wirtschaftlicher Stabilität verbunden ist. Österreich soll daher seine diplomatischen Stärken nutzen, um Europas Handelsbeziehungen in deren Entstehungsprozess in der Europäischen Union im europäischen Sinne zu fördern und den Zugang zu internationalen Märkten zu sichern.
- Volt Österreich will durch Investitionen in Entwicklungszusammenarbeit und faire Partnerschaften künftige Märkte sichern, Arbeitsplätze erhalten und Europas nachhaltige Entwicklungsziele stärken.

- Volt Österreich unterstützt Handelsabkommen, die fair, nachhaltig und regelbasiert sind. Sie müssen Menschenrechte, Umweltstandards und soziale Gerechtigkeit sichern und dürfen nicht Konzerninteressen über das Gemeinwohl stellen. Geopolitische Interessen anderer Staaten gegenüber der EU sollten dabei mitbedacht werden, um nachhaltige Handelsbeziehungen strategisch zu sichern. Österreich soll sich für multilaterale Abkommen einsetzen, die nachhaltige Entwicklung fördern und Handelsgewinne gerecht verteilen.
- Österreich soll, auch und besonders mit seinem Einfluss auf europäischer Ebene, stabile und erfolgreiche Handelspartnerschaften weltweit fördern, um wirtschaftliche Sicherheit zu schaffen, Unternehmen und Arbeitsplätze zu stärken und Europas Abhängigkeit von unsicheren Partnern zu verringern.

4.2 Proaktives Management globaler Herausforderungen

- Österreich soll globale Herausforderungen wie Klimawandel und Pandemien im Rahmen europäischen Handelns angehen, da sie Wohlstand und Sicherheit direkt betreffen und nur gemeinsam wirksam bewältigt werden können.
- Österreich soll seinen fairen Beitrag zu internationaler Entwicklung leisten, um Stabilität zu fördern, Sicherheitsrisiken vorzubeugen und Europas Rolle in globaler Entwicklung und humanitärer Hilfe zu stärken.
- Österreich soll, auch und besonders auf europäischer Ebene, auf proaktive Lösungen setzen, da Prävention globaler Krisen günstiger ist als spätes Krisenmanagement, und Europa so als Vorreiter für Antizipation und Vorsorge stärken.

4.3 Faire Handelsstandards und Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Wirtschaft

- Österreich soll, vor allem mit seinem Einfluss auf der europäischen Ebene, für faire Handelspraktiken eintreten, um ethischen Wettbewerb zu sichern, Unternehmen vor unfairem Handel zu schützen und neue Märkte für Qualität und Innovation zu öffnen.
- Volt empfiehlt innovative KMU durch faire internationale Standards zu stärken, hochwertige Arbeitsplätze zu fördern und Europas Wettbewerbsfähigkeit mit Innovation und ethischem Handel zu sichern. Österreich kann hier durch proaktives Handeln auf Ebene der EU Vorteile erwerben.

5. Europäischer Multilateralismus in einer multipolaren Welt

Österreich wird seinen Einfluss durch die europäische Einigung verstärken und dabei seine unverwechselbare Identität und seine Werte bewahren.

5.1 Europäische Einheit als österreichischer Garant für Sicherheit, Wohlstand und Wahrung der österreichischen Identität

Volt Österreich sieht in der europäischen Einheit die beste Garantie für Sicherheit, Wohlstand und die Wahrung unserer Interessen in einer multipolaren Welt. In einer Zeit, in der immer häufiger das Recht des Stärkeren gilt, kann keine einzelne europäische Nation – auch Österreich nicht – ihre Interessen allein wirksam schützen. Nur ein starkes, geeintes Europa ermöglicht es, bei globalen Verhandlungen, Handelsabkommen und Krisen gemeinsam aufzutreten und die Lebensinteressen der Bürgerinnen und Bürger zu sichern.

Manche nationalistischen Kreise behaupten, europäische Einheit bedrohe die „nationale Identität“. Volt hält dagegen: Wenn es überhaupt eine territoriale Identität gibt, ist diese vor allem regional geprägt – und Regionen denken wir über nationale Grenzen hinweg. In Wahrheit ist das große, schützende Haus einer europäischen Republik die einzige Möglichkeit, Europas vielfältige Identitäten zu bewahren und in einer zunehmend rauerer Welt selbstbestimmt zu gestalten.

- Österreich soll sich aktiv für den Ausbau einer starken, handlungsfähigen europäischen Union einsetzen, die es ermöglicht, die Interessen der Bürger*innen in einer multipolaren Welt zu schützen – durch gemeinsame Außen-, Handels- und Sicherheitspolitik, die globale Herausforderungen solidarisch bewältigt.
- Österreich soll auf europäischer Ebene multilaterale, nachhaltige Handelsabkommen fördern, die Menschenrechte, Umweltstandards und fairen Wettbewerb sichern und Europas strategische Interessen gegen autoritäre Einflussnahmen schützen.
- Österreich soll aktiv dazu beitragen, dass die europäische Einheit als Schutz für die kulturelle und regionale Vielfalt verstanden wird. Regionen, auch grenzüberschreitend gedacht, sollen gestärkt und europäische Identitäten durch eine gemeinsame demokratische Republik gesichert werden.

V. Citizen-Empowerment - Starke Bürger*innen - starke Demokratie

1. Förderung einer freien und pluralistischen Kultur- und Medienlandschaft

„Die Freiheit und Pluralität der Medien sind zu achten.“

In Österreich steht die Medienlandschaft vor vielfältigen Herausforderungen: Die Konzentration von Medieneigentum, wirtschaftliche Abhängigkeiten, politischer Einfluss sowie unzureichende Transparenz gefährden zunehmend den Medienpluralismus und die journalistische Unabhängigkeit. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk ist immer wieder Kritik ausgesetzt, während private Medienunternehmen unter finanziellen Druck geraten und Qualitätsjournalismus schwer finanzieren können. Gleichzeitig fehlen institutionelle Schutzmechanismen für Journalist*innen, und die Medienkompetenz der Bevölkerung wird in einer zunehmend digitalen Welt nicht ausreichend gestärkt.

Volt Österreich sieht in der freien, vielfältigen und qualitativ hochwertigen Medienlandschaft eine zentrale Säule der Demokratie. Um diesen demokratischen Grundpfeiler zu schützen und weiterzuentwickeln, schlägt Volt ein umfassendes Reformpaket vor, das auf europäische Werte, Transparenz, institutionelle Unabhängigkeit und gesellschaftliche Teilhabe setzt. Ziel ist es, Medienpluralismus zu sichern, Qualitätsjournalismus als öffentliches Gut zu fördern und Meinungs- sowie Informationsfreiheit in Österreich dauerhaft zu gewährleisten.

1.1 Medienpluralismus sicherstellen

- **Medien als öffentliches Gut: Für eine innovative und transparente Medienförderung**

Volt Österreich setzt sich für eine zukunftsorientierte Medienpolitik ein, die Qualitätsjournalismus als öffentliches Gut behandelt – und nicht bloß als Handelsware. Um unabhängigen, pluralistischen Journalismus langfristig eine stabile Grundlage zu geben, fordert Volt die Einführung einer innovativen, sozial ausgewogenen Medienförderung, die unter anderem über eine Kürzung der Parteienfinanzierung finanziert werden könnte.

Diese Förderung soll sowohl den öffentlich-rechtlichen Rundfunk als auch private Medien gezielt unterstützen, da viele Medienunternehmen hochwertigen Journalismus nicht allein durch Werbung oder Abonnements finanzieren können. Projektbezogene Unterstützung – etwa für Inhalte,

Weiterbildung oder technologische Innovationen – könnte nach transparenten, gemeinsam mit der Zivilgesellschaft entwickelten Kriterien vergeben werden. So ließe sich ein nachhaltiger Beitrag zum Gemeinwohl und ein breiter Zugang zu Qualitätsjournalismus sicherstellen.

Um Medienpluralismus zu gewährleisten und wirtschaftliche wie politische Einflussnahmen zu begrenzen, fordert Volt Österreich darüber hinaus eine umfassende Transparenz in der Medienfinanzierung. Dazu zählen neben der sozial gerechten Ausgestaltung der Medienabgabe auch die Offenlegung und Regulierung von Großspenden privater Akteure. Ziel ist es, Medienvielfalt zu sichern, die Unabhängigkeit journalistischer Arbeit zu stärken und einer weiteren Konzentration von Medienbesitz entgegenzuwirken.

1.2 Sicherung von Informationsfreiheit und Meinungsfreiheit

- **Integration und Nutzung des Media Pluralism Monitor (MPM) in der österreichischen Medienpolitik**

Volt Österreich fordert die Bundesregierung und relevante Institutionen auf, die Ergebnisse und Risikobewertungen des Media Pluralism Monitor systematisch in die nationale Medienpolitik zu integrieren. Auf Basis der MPM-Analysen sollen gezielte Reformen und Maßnahmen ergriffen werden, um erkannte Schwachstellen wie mangelnde Transparenz beim Medieneigentum oder politischen Einfluss auf öffentliche Werbung wirksam zu adressieren. Ziel ist es, die Medienvielfalt und die Freiheit der Berichterstattung nachhaltig zu stärken.

- **Einrichtung einer unabhängigen Medien- und Meinungsfreiheitsanwaltschaft**

Volt Österreich setzt sich für die Schaffung einer unabhängigen Institution ein, die als Anlaufstelle für Journalist*innen, Medien und Whistleblower fungiert – ähnlich der Gleichbehandlungsanwaltschaft. Diese „Medien- und Meinungsfreiheitsanwaltschaft“ soll rechtliche Unterstützung bieten, insbesondere beim Schutz vor Einschüchterungsklagen (SLAPPs), und sich für die Wahrung der Rechte von Journalist*innen sowie die Sicherung der Meinungsfreiheit einsetzen.

1.3 Faire und transparente Medienförderung zur Stärkung von Unabhängigkeit und Pluralismus

- **Die Sicherheit und den Schutz von Journalist*innen gewährleisten**

Volt Österreich setzt sich dafür ein, dass Journalist*innen in Österreich sicher und unabhängig arbeiten können. Deshalb fordert Volt, dass alle Medien im Bereich Politik, Nachrichten und allgemeine Information eine faire und transparente Förderung erhalten, ähnlich wie der ORF. Dies soll wirtschaftliche Abhängigkeiten verringern und den Medienpluralismus sowie die journalistische Unabhängigkeit stärken.

- **Institutionelle Unabhängigkeit öffentlicher Medien von der Exekutive sichern**

Volt Österreich fordert die österreichische Bundesregierung auf, Maßnahmen zu ergreifen, die eine klare institutionelle Trennung zwischen öffentlichen Medien und der Exekutivgewalt sicherstellen. Dazu gehören die kontinuierliche Begrenzung des exekutiven Einflusses, die Diversifizierung der Leitungsstrukturen im öffentlich-rechtlichen Rundfunk und die Dezentralisierung von Entscheidungsbefugnissen.

1.4 Transparenz bei Medieneigentum und Einfluss fordern Unabhängige und transparente Medienaufsicht:

Volt Österreich fordert die Schaffung einer wirklich unabhängigen Aufsichtsbehörde für Medienpluralismus und Medienfreiheit, die organisatorisch in KommAustria integriert ist. Diese Behörde soll jährlich umfassende Berichte über Medienbesitz, Finanzierungsquellen und die Vielfalt der Berichterstattung veröffentlichen und dem Parlament Empfehlungen zur Sicherung von Medienvielfalt und Transparenz vorlegen. Sie soll nach internationalen Standards arbeiten, die Unabhängigkeit der Medienaufsicht gewährleisten und – nach dem Vorbild von ARCOM in Frankreich – die faire Repräsentation politischer und gesellschaftlicher Akteure sowie die Einhaltung von Transparenzregeln durchsetzen.

1.5 Bildung in Medienkompetenz fördern:

Volt Österreich setzt sich für die Stärkung des kritischen Denkens und der digitalen Medienkompetenz in der Bildung ein durch:

- Unterstützung von Bildungsinitiativen an Schulen und Hochschulen sowie die gezielte Einbindung von Zivilgesellschaft, öffentlichen Institutionen und Wissenschaft in die Entwicklung und Umsetzung entsprechender Programme.
- Fächerübergreifende Vermittlung von kritischem Denken für alle Schüler*innen – nicht nur im Hinblick auf Informationen von Einzelpersonen (z. B. Politiker*innen) und Institutionen (z. B. NGOs, Parteien, Thinktanks), sondern auch mit besonderem Fokus auf die Herausforderungen durch soziale Medien. Im Unterricht sollen Kinder und Jugendliche gezielt lernen, versteckte Inhalte wie Fake News, Desinformation, nicht gekennzeichnete Werbung („hidden advertising“) sowie das Geschäftsmodell von „gratis“ Social-Media-Plattformen an sich zu erkennen und kritisch zu hinterfragen, um die negativen Einflüsse auf Kinder und Jugendliche praxisnah zu thematisieren. Ziel ist es, die Fähigkeit zu stärken, digitale Informationen zu analysieren, Quellen zu prüfen und zwischen echten Nachrichten, Meinungen und manipulativen Inhalten zu unterscheiden. So werden Schüler*innen befähigt, sich sicher und verantwortungsbewusst in der digitalen Welt zu bewegen und

Manipulationen frühzeitig zu erkennen

- Förderung von Forschung zum Einfluss von Medien und Informationsquellen auf junge Menschen in Kooperation mit Universitäten und zivilgesellschaftlichen Organisationen, um evidenzbasierte Ansätze für die Bildungsarbeit zu entwickeln.
- Entwicklung und regelmäßige Durchführung von Assessments zur Überprüfung der kritischen Denkfähigkeiten von Schüler*innen, unter Einbeziehung unabhängiger Fachstellen.

2. Gewährleistung der Existenz starker und unabhängiger öffentlicher Medien

Volt Österreich setzt sich für eine unabhängige, vielfältige und qualitätsorientierte Medienlandschaft ein. Die Gewährleistung starker und unabhängiger öffentlicher Medien ist dabei zentral, um die Meinungsfreiheit zu schützen und staatliche Einflussnahme zu begrenzen. Öffentliche finanzierte Medien sollen im Dienst der Gesellschaft stehen – unabhängig, vielfältig und dem Gemeinwohl verpflichtet.

- Eine Reform des ORF ist ein weiterer wichtiger Schritt. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk muss stärker von parteipolitischen Einflüssen unabhängig gemacht werden. Dies umfasst die Diversifizierung des öffentlichen Rundfunks zur Förderung des Medienpluralismus sowie eine striktere Regulierung von ORF-Stiftungsrat und Publikumsrat, um politischen Einfluss zurückzudrängen.
- Zur Sicherung unabhängiger Medienstrukturen sind zudem klare institutionelle Trennungen zwischen Regierung, Entscheidungsgremien und Medienaufsichtsbehörden notwendig. Qualitätsstandards sollen als Grundlage für eine faire und unparteiische Vergabe von Fördermitteln dienen. Außerdem soll das Publikum stärker eingebunden werden: Medienaufsichtsbehörden sollen regelmäßig Rückmeldungen der Bevölkerung einholen, um Qualität, Relevanz und die Erfüllung öffentlicher Informationsbedürfnisse unabhängig von kommerziellen Kennzahlen besser bewerten zu können. Schließlich ist die Schaffung unabhängiger Medienverwaltungsbehörden wichtig, die öffentliche und private Mittel fair und ausgewogen an Medien verteilen.

2.1 Förderung eines ausgewogenen Verhältnisses zwischen öffentlichem und privatem Medienjournalismus.

Volt Österreich setzt sich für die Einführung von Ombudspersonen sowie unabhängigen Medienräten ein, um politischen Einfluss auf die Medien so gering wie möglich zu halten:

- Medienombudspersonen stärken die redaktionelle Unabhängigkeit

und Meinungsfreiheit und überprüfen Falschmeldungen, indem sie Beschwerden von EU-Bürger*innen unparteiisch prüfen und die Einhaltung journalistischer Standards fördern.

- Ein zentrales Element ist die klare Trennung von Meinungsbeiträgen und journalistischen oder wissenschaftlichen Artikeln, was wesentlich zur Glaubwürdigkeit und Qualität beiträgt. In Österreich wird diese Praxis durch den Ehrenkodex des Presserats und interne Redaktionsstatuten unterstützt, die eine deutliche Kennzeichnung und Unterscheidung von Meinungen, Werbung und redaktionellen Inhalten fordern.

2.2 Eine europäische öffentlich-rechtliche Rundfunkplattform schaffen:

Volt setzt sich für die Förderung von ARTE als beispielhafte Plattform für europäische Medien ein und betrachtet sie als Vorbild für gute Verwaltungspraxis sowie hohe Qualitätsstandards im Medienbereich.

3. Starke und dynamische Kultur- und Kreativwirtschaftssektoren unterstützen.

3.1 Die Bedeutung der Kultur- und Kreativwirtschaft für lebendige Demokratien betonen

Volt setzt sich für die Stärkung und Unterstützung einer nachhaltigen und heimischen österreichischen Industrie auf Basis der Kreativwirtschaft Austria (KAT) ein:

- Schaffung von Kultur- und Kreativwirtschaft Förderprogrammen, die darauf abzielen, die österreichische Gesellschaft im Rahmen des europäischen Projekts und der europäischen Werte weiterzuentwickeln.
- Entwicklung und Festlegung von Finanzierungsstandards, die Nachhaltigkeit (ökologische und soziale Inklusion) fördern und diese Prinzipien innerhalb des europäischen Projekts weiter vorantreiben.
- Die Fördermaßnahmen sollten zudem die geografischen und demografischen Realitäten des Landes berücksichtigen. Das bedeutet, dass regelmäßig Förderseminare und Informationsveranstaltungen auch in kleineren Regionen und Gemeinden stattfinden sollen, damit Kultur und Kreativwirtschaft direkt zu den Menschen vor Ort gelangen.

3.2 Eine Erhöhung der EU-Fördermittel für die grenzüberschreitende kulturelle Zusammenarbeit in Europa fordern.

Volt setzt sich für eine Weiterentwicklung der Kreativwirtschaft Austria

(KAT) ein, bei der die Förderung des Kreativsektors auch die europäische Vielfalt aktiv zelebriert. Aufbauend auf den EU-Prinzipien und neben der Unterstützung österreichischer Produkte möchte Volt Österreich gezielt auch europäische Unternehmen fördern – insbesondere solche, die Österreich als Standort oder Hauptsitz wählen.

3.3 Den Verwaltungsaufwand für den Erhalt von Fördermitteln verringern.

Volt möchte außerdem den Bewerbungsprozess bestehender Förderprogramme durch eine Diversitäts-Taskforce überprüfen lassen, um sicherzustellen, dass die bürokratischen Anforderungen für alle potenziellen Bewerber*innen erreichbar und inklusiv sind – insbesondere auch für marginalisierte und unterrepräsentierte Gruppen.

Die Förderprogramme sollten zudem nicht ausschließlich auf digitale Bewerbungsprozesse setzen, sondern auch analoge Bewerbungsmöglichkeiten offenlassen, um echte Inklusion für alle zu gewährleisten.

4. Open Public Data:

Österreich gilt als Vorreiter im Bereich Open Data. Dennoch ist es unerlässlich, kontinuierlich sicherzustellen, dass von staatlichen Stellen erhobene Daten nicht nur im Sinne des Gemeinwohls relevant und aktuell sind, sondern auch konsequent anonymisiert werden, sodass keinerlei Gefahr für die Privatsphäre der Bevölkerung entsteht.

4.1 Datenschutz und Anonymisierung:

Volt Österreich setzt sich klar dafür ein, dass der Schutz der Privatsphäre aller Bürger*innen jederzeit gewährleistet bleibt – auch im Kontext von Sicherheitsmaßnahmen oder Terrorismusbekämpfung. Die Wahrung der Grundrechte darf nicht durch den Kampf gegen eine Minderheit untergraben werden; Datenschutzverletzungen gegenüber der Mehrheit der Bevölkerung sind nicht zu rechtfertigen. Die Anonymisierung sämtlicher erhobener Daten muss daher oberste Priorität haben.

4.2 Einhaltung der Open Data Charter in der EU

Volt fordert, dass nicht nur Österreich, sondern alle EU-Mitgliedstaaten und deren lokale Behörden die Prinzipien der Open Data Charter konsequent umsetzen. Diese Charta legt internationale Standards für Offenheit, Transparenz und Wiederverwendbarkeit öffentlicher Daten fest. Ihre Einhaltung ist essentiell, um europaweit vergleichbare und qualitativ hochwertige Open-Data-Praktiken zu garantieren.

4.3 Transparenz und barrierefreier Zugang

Volt setzt sich für eine stärkere Transparenz staatlicher Daten ein, insbesondere durch die Veröffentlichung von Finanzdaten und anderen relevanten quantitativen Informationen. Diese Offenlegung soll barrierefrei erfolgen und durch klare, verständliche sowie einfach umsetzbare Regelungen begleitet werden. So wird sichergestellt, dass alle Bürger*innen gleichermaßen Zugang zu wichtigen Informationen erhalten und die Nachvollziehbarkeit staatlichen Handelns gestärkt wird.

5. Bestärkung der Fähigkeit der Bürger*innen, die Politik zu beeinflussen

Demokratie lebt von aktiver Teilhabe – doch in Österreich und Europa ist die politische Mitbestimmung für viele Menschen noch immer mit hohen Hürden verbunden. Besonders mobile EU-Bürger*innen sind trotz ihres Lebensmittelpunkts in Österreich oft vom nationalen Wahlrecht ausgeschlossen. Gleichzeitig sinkt das Vertrauen in politische Institutionen, und viele Bürger*innen fühlen sich von Entscheidungen auf europäischer oder nationaler Ebene nicht ausreichend vertreten oder gehört. Die vorhandenen Instrumente der direkten Demokratie sind bürokratisch und für Bürger*innen schwer zugänglich.

Volt Österreich will diesen Zustand nicht hinnehmen. Die Bewegung setzt sich für eine lebendige, inklusive und transparente Demokratie ein, in der alle Menschen, die in Österreich leben und zum Gemeinwesen beitragen, auch politische Mitbestimmung ausüben können – sei es bei Wahlen oder durch direkte demokratische Instrumente. Ziel ist es, die Beteiligung zu erleichtern, demokratische Prozesse zu modernisieren und die politische Stimme aller Menschen – unabhängig von Staatsbürgerschaft oder Parteizugehörigkeit – zu stärken. Nur durch echte Teilhabe kann die Demokratie in Österreich und Europa nachhaltig geschützt und weiterentwickelt werden.

5.1 Wahlrecht für alle EU-Bürger*innen

Volt Österreich spricht sich dafür aus, das Wahlrecht auch nicht-österreichischen EU-Bürger*innen zu gewähren, sofern sie bestimmte Voraussetzungen erfüllen und solange die europäische Republik wie hier im weiteren beschrieben, nicht errichtet ist.

EU-Bürger*innen, die ihren Wohnsitz nach Österreich verlegen und die erforderlichen behördlichen Schritte vollziehen, sollen unmittelbar das volle aktive und passive Wahlrecht auf allen Ebenen erhalten – europäisch, national, regional und lokal. Im Gegenzug erlischt das nationale Wahlrecht im Herkunftsland, analog zum innerstaatlichen Wohnsitzwechsel. Drittstaatsangehörigen soll der Zugang zu diesem Recht erleichtert werden.

Internationale Beispiele zeigen, dass solche Regelungen erfolgreich funktionieren können: In Irland dürfen alle Personen, die ihren gewöhnlichen Aufenthalt im Land haben, an Kommunalwahlen teilnehmen – unabhängig von ihrer Staatsbürgerschaft. In Neuseeland erhalten dauerhaft ansässige Ausländer*innen nach einem bestimmten Zeitraum das Wahlrecht.

Volt Österreich schlägt zudem vor, dass eine nachgewiesene aktive politische Teilhabe positiv berücksichtigt werden kann, wenn jemand die österreichische Staatsbürgerschaft beantragen möchte. Für die EU-Bürger*innen besteht die gleiche Möglichkeit mit abweichenden Bedingungen.

5.2 Die Zugänglichkeit von Wahlen auf europäischer, nationaler und lokaler Ebene verbessern.

*EU-Bürger*innen sollen dazu ermutigt und befähigt werden, ihr Wahlrecht in dem Mitgliedstaat auszuüben, in dem sie leben.*

Die EU-Bürger*innen haben bereits das Wahlrecht bei Kommunal- und Europawahlen. Viele von ihnen sind darüber jedoch nicht ausreichend informiert. So repräsentieren die EU-Bürger*innen bei der Kommunalwahl 2025 in Wien etwa 20 % der gesamten Wahlberechtigten, doch nur rund 20 % dieser Gruppe haben tatsächlich an der Wahl teilgenommen.

Bei der letzten Europawahl lag die Beteiligung der EU-Bürger*innen bei etwa 45% der Gesamtbeteiligung, was im Verhältnis zur Bedeutung dieser Wahl weiterhin sehr niedrig ist.

- Deshalb fordert Volt Österreich, dass der österreichische Staat und die Gemeinden ihrer Verantwortung gerecht werden und bei jeder Anmeldung eines neuen Hauptwohnsitzes von EU-Bürger*innen umfassende Informationen über ihre Rechte und insbesondere das Wahlrecht bereitstellen.
- Gemeinden und die Regierung sollten regelmäßig öffentliche Informationsveranstaltungen anbieten und die EU-Bürger*innen rechtzeitig vor den Fristen zur Beantragung der Wahlkarte gezielt dazu ermutigen, an den europäischen und kommunalen Wahlen teilzunehmen.

5.3 Die Fähigkeit der Bürger*innen stärken, Politik auch jenseits von Wahlen zu beeinflussen

- **Die transnationale europäische Demokratie stärken**

In diesem Zusammenhang ist die Wahlbeteiligung bei der Europawahl insgesamt noch zu niedrig. Die Europäische Union und ihre Projekte bieten eine wichtige Gelegenheit zur demokratischen Beteiligung, die alle EU-Bürger*innen verstehen und wahrnehmen sollten. Volt Österreich setzt sich daher nicht nur für eine bessere Kommunikation zum Thema Demokratie auf europäischer Ebene ein, sondern auch auf nationaler

Ebene. Sowohl Österreicher*innen als auch andere EU-Bürger*innen müssen verstehen, dass ihre aktive Teilnahme am demokratischen Prozess unerlässlich ist, um weitere demokratische Fortschritte zu erzielen und die Republik Österreich als erfolgreiche und fortschrittliche Demokratie zu schützen.

- **Instrumente für die direkte Beteiligung der Bürger*innen an der Politik ausbauen und Bürger*innen und Regierungen befähigen, konkrete Maßnahmen zu ergreifen:**

Volt Europa setzt sich für den Abbau demokratischer Hürden bei der Planung und Einreichung der Europäischen Bürgerinitiative (ECI) ein. In ähnlicher Weise fordert Volt Österreich die Reduzierung bürokratischer Barrieren im Zusammenhang mit der direkten Demokratie.

Sowohl bei Volksbegehren als auch beim ECI-Modell sollten weniger Unterschriften erforderlich sein, um den Weg zur Einleitung im Parlament zu erleichtern.

Österreichische Bürger*innen haben grundsätzlich verschiedene Möglichkeiten, sich direkt demokratisch zu beteiligen. Allerdings erschweren hohe bürokratische Anforderungen die tatsächliche Teilnahme erheblich und machen die Prozesse kompliziert.

Volt Österreich fordert zudem den Ausbau deliberativer Formate wie Bürger*innenräte und Bürger*innenversammlungen. Um die Kosten effizient zu gestalten, sollen diese Versammlungen ad hoc stattfinden, wobei sichergestellt wird, dass ihre Ergebnisse von Regierung und Parlament in den weiteren Entscheidungsprozess einfließen. Bürger*innenversammlungen können von Bürger*innen, Abgeordneten oder Regierungsmitgliedern initiiert werden und werden unter bestimmten Bedingungen organisiert.

- Darüber hinaus setzt sich Volt Österreich für die Vereinfachung und Digitalisierung bürokratischer Abläufe ein, um die Weiterentwicklung der Demokratie zu erleichtern. Ein Beispiel sind die Unterstützungserklärungen für Parteien: Diese schriftlichen Bestätigungen von wahlberechtigten Bürger*innen sind erforderlich, wenn eine Partei nicht mindestens drei Nationalratsabgeordnete als Unterstützer*innen vorweisen kann. Die Anzahl der nötigen Unterstützungserklärungen variiert je nach Bundesland und muss derzeit persönlich bei der Gemeinde vor einer extra dafür abgestellten Amtsperson abgegeben werden. Dabei müssen die Wahlberechtigten die Formulare selbst bei den Behörden abholen und an die Partei weiterleiten, die sie schließlich bei den Behörden einreicht.
- Dieses aufwändige Verfahren verursacht gegenüber digitalen Unterstützungserklärungen, wie sie auch bei Volksbegehren zum Einsatz kommen, völlig unnötige aber hohe Kosten für den Steuerzahler und erschwert insbesondere kleineren Parteien die Teilnahme am demokratischen Prozess und damit die angemessene Repräsentation eines Teils der Bevölkerung.

VI. EU Reform - ein demokratisches, sicheres, nachhaltiges und soziales Europa für uns alle

Wir stehen für die europäische Republik und denken zu 100% europäisch.

Unsere Vision: Für ein starkes Europa – mit österreichischem Herz

Europa steht an einem Wendepunkt. In einer Welt voller Unsicherheit und globaler Krisen braucht es ein neues, starkes Versprechen: dass wir Europäer*innen unsere Zukunft gemeinsam gestalten – demokratisch, gerecht und handlungsfähig. Volt Österreich setzt sich dafür ein, dass unser Land nicht länger Zaungast europäischer Entscheidungen bleibt, sondern als aktiver Teil einer europäischen Republik Zukunft mitbestimmt. Wir glauben daran, dass dies mit dem alten Modell des europäischen Nationalstaates nicht mehr länger möglich sein wird und dass die europäische Integration auch Österreichs an einer entscheidenden Weggabelung angekommen ist.

Wir glauben an ein Europa, das den Menschen dient – nicht den Machtspielen nationaler Regierungen. Ein Europa, das soziale Gerechtigkeit schafft, Klimaschutz ernst nimmt, wirtschaftliche Stabilität sichert und Demokratie lebt. Österreich profitiert bereits jetzt in vielen Lebensbereichen von der europäischen Zusammenarbeit – und könnte in einer echten europäischen Republik noch viel stärker davon profitieren: mit klareren Zuständigkeiten, wirksamerer Politik und echter demokratischer Teilhabe.

Dabei geht es nicht darum, die österreichische Identität aufzugeben. Im Gegenteil: In einem föderalen Europa können regionale Kulturen, Sprachen und Traditionen besser geschützt und gefördert werden als in einem Europa der nationalen Egoismen. Die Zugehörigkeit zu einer europäischen Republik bedeutet nicht weniger Österreich, sondern mehr Mitgestaltung – auf europäischer Ebene und mit österreichischer Stimme.

Volt Österreich wird sich dafür einsetzen, den Menschen diese europäische Vision verständlich und greifbar zu machen – nicht als Zwang, sondern als Angebot. Die Entscheidung für Europa muss freiwillig sein. Aber sie braucht Mut, Klarheit und Hoffnung. Denn Europa ist nicht das Problem – es ist unsere gemeinsame Lösung.

1. Österreich und Europa: Mit uns zur europäischen Republik

1.1 Einberufung eines europäischen Konvents zur Erarbeitung eines Verfassungsentwurfs für eine europäische föderale Republik.

Ein demokratisch legitimierter Verfassungskonvent mit Vertreterinnen aller europäischen Bürger*innen soll den Entwurf einer Verfassung erarbeiten – transparent, inklusiv und öffentlich begleitet. Soweit eine

ausreichende Menge an europäischen Staaten dies ebenfalls forciert, soll eine Volksabstimmung die Möglichkeit geben, über diese Verfassung abzustimmen. Diese Referenden sind gleichzeitig demokratischer Akt und bewusste Entscheidung für ein europäisches Staatsvolk.

Der Aufbau der neuen und reformierten Bausteine der europäischen Demokratie (Legislative, Exekutive, Judikative) wird [hier](#) näher beschrieben.

Verpflichtung zur Einhaltung von Leitprinzipien für gutes Regieren in Österreich und Europa.

*Volt definiert Leitprinzipien für gutes Regieren und damit gute Politik, diese sind: Demokratie, Subsidiarität, Effizienz, Transparenz, Klarheit, Bürger*innenbeteiligung und Zukunftsfähigkeit*

Die beschriebene Verfassung für die europäische Republik soll sich nach unserer Vorstellung an Leitprinzipien ausrichten. Die allgemeinen Leitprinzipien, an die diese Verfassung unserer Meinung nach angelehnt sein sollte, sind:

- Demokratie
- Subsidiarität
- Effizienz
- Transparenz
- Klarheit
- Bürger*innenbeteiligung
- Zukunftsfähigkeit

Diese Leitprinzipien für gutes Regieren sehen wir auch für die gegenwärtige österreichische Politik als Verpflichtung.

1.2 Zwei-Geschwindigkeiten-Modell und österreichische Innen- und Außenpolitik auf dem Weg zur europäischen Republik

Europäische Interessen und österreichische Interessen sollten ein und dasselbe sein

Österreich versteht sich seit 1945 als Friedensnation und Brückenbauer in Europa – der UNO-Sitz in Wien ist Ausdruck dieses Selbstverständnisses. Volt will, dass Österreich dieser Rolle gerecht wird und eine aktive Vorreiterrolle bei der Weiterentwicklung der EU hin zu einer europäischen Republik übernimmt. In einem Europa der zwei Geschwindigkeiten soll Österreich klar zur Gruppe jener Staaten gehören, die den Weg zu einer europäischen Verfassung und einer gemeinsamen Republik einschlagen. Alle politischen Schritte Österreichs sollten daher mittelfristig diesem Ziel

dienen – das ist das erklärte europapolitische Ziel von Volt Österreich.

- **Stärkung des Europäischen Parlaments**

Das Europäische Parlament sollte das Gesetzesinitiativrecht erhalten, das ihr bis heute vorenthalten wird und ausschließlich von der Kommission ausgeübt wird. Zusätzlich sollte, übereinstimmend mit dem Prinzip der Klarheit das

Gesetzgebungsverfahren vereinheitlicht werden, wobei die letzte Entscheidungskompetenz beim Parlament der Europäischen Union liegt. Das endgültige Ziel ist eine europäische Verfassung und eine europäische Republik und Demokratie wie in 1.1 beschrieben. Von diesem Update der europäischen Demokratie werden auch die österreichischen Bürger*innen profitieren, denn das Parlament, nicht der europäische Rat und der Rat der Europäischen Union, sollten die Vertretung ebendieser sein.

- **Wahlrechtsreform in Österreich und Europa**

EU-Bürger*innen, die ihren Wohnsitz nach Österreich verlegen und die erforderlichen behördlichen Schritte vollziehen, sollen unmittelbar das volle aktive und passive Wahlrecht auf allen Ebenen erhalten – europäisch, national, regional und lokal. Im Gegenzug erlischt das nationale Wahlrecht im Herkunftsland, analog zum innerstaatlichen Wohnsitzwechsel. Drittstaatsangehörigen soll der Zugang zu diesem Recht erleichtert werden.

In Abstimmung mit den anderen EU-Mitgliedsstaaten soll das EU-Wahlrecht harmonisiert werden, das Endziel sind europäische Parteien, Listen und Wahlmodi. Selbstredend profitieren von diesem Schritt auch die österreichischen Bürger*innen, denn dieser Schritt wird auch für Österreicher*innen gelten, die in einen anderen EU-Mitgliedsstaat übersiedeln.

- **Rückzug aus dem europäischen Rat**

Österreichs Spitzenpolitiker*innen (und in Folge auch alle anderen nationalen Spitzenpolitiker*innen) sollten sich nicht in die legislative Arbeit der EU einmischen, so wie dies bei Treffen des europäischen Rates mittlerweile gängige Praxis ist. Mittelfristig ist ihre Rolle auf die in den Verträgen vorgesehenen Funktionen zu beschränken. Langfristig streben wir im Rahmen einer echten europäischen Demokratie die Abschaffung des Europäischen Rates an. Spitzenkandidat*innen sind zu respektieren; die rotierende Ratspräsidentschaft soll abgeschafft und – wo möglich – künftigen europäischen Institutionen übertragen werden.

- **Überwindung der Einstimmigkeit**

Volt Österreich lehnt das Einstimmigkeitsprinzip in der EU ab, da es als Blockadeinstrument dient und effektives gemeinsames Handeln verhindert. Stattdessen fordert Volt eine echte föderale Struktur mit Mehrheitsentscheidungen in zentralen Politikbereichen wie Außen- und Steuerpolitik. Das Ziel ist eine demokratisch legitimierte Union, die handlungsfähig ist und nicht von Einzelinteressen ausgebremst wird. Österreich sollte das Instrument des Vetos generell nicht mehr anwenden,

wenn sich abzeichnet, dass Österreich der einzige Mitgliedsstaat ist, der dies tut. Auch sollte Österreich sich dafür einsetzen, dass dies andere Staaten nicht tun, bis das vorhandene System reformiert ist.

- **Ergänzung der österreichischen Verfassung um einen Artikel zu einer europäischen Staatsgründung**

Volt will, dass Österreich aktiv an der Gründung eines geeinten, demokratischen Europas mitarbeitet. Dafür soll die Verfassung klar festschreiben, dass europäische Zusammenarbeit ein Staatsziel ist. Österreich soll bereit sein, staatliche Aufgaben an eine europäische Republik abzugeben – solange sie demokratisch, rechtsstaatlich und menschenrechtsbasiert ist.

- **Der 9. Mai als offizieller Feiertag in Österreich**

Der 9. Mai sollte zum gesetzlichen Feiertag, zum Feiertag der europäischen Integration, erklärt werden. Mit anderen Mitgliedsstaaten der EU sollen mittelfristig gemeinsame Veranstaltungen und Rituale abgestimmt werden, um die Identifizierung der europäischen Bürger mit der europäischen Idee und später der europäischen Republik zu stärken und zu festigen.

- **Verpflichtung zur Transparenz und Wahrheitspflicht bzgl. EU-Politik**

Volt fordert eine verpflichtende Transparenz- und Wahrheitspflicht für die österreichische Politik im Umgang mit EU-Themen – notfalls gesetzlich geregelt. Politiker*innen sollen faktenbasiert informieren und keine gezielte Irreführung oder Schuldzuweisungen an die EU betreiben. Das übliche „Blame Game“ untergräbt das Vertrauen in Europa. Volt will das beenden.

1.2.8 Wahl eines einzelnen Repräsentanten für Österreich für den Rat der EU

Volt Österreich befürwortet die Wahl eines einzelnen Repräsentanten für Österreich im Rat der EU, um die Arbeit des Rates effizienter, transparenter und demokratischer zu gestalten. Anstelle wechselnder Minister*innen für unterschiedliche Politikbereiche soll eine gewählte Person Österreichs Interessen kontinuierlich und einheitlich vertreten. Das stärkt die Nachvollziehbarkeit politischer Entscheidungen, reduziert nationale Blockaden und trägt dazu bei, den Rat der EU zu einer echten zweiten Kammer einer europäischen Demokratie weiterzuentwickeln.

2. Wirtschaft und Finanzen in der EU und auf dem Weg zur europäischen Republik

Gemeinsame Währung und gemeinsamer Markt funktioniert nicht ohne gemeinsame Wirtschafts- und Finanzpolitik in Europa

2.1 Schaffung EU-Finanzministerium und eigene EU-Steuerhoheit

Volt fordert ein europäisches Finanzministerium mit eigener Steuerhoheit,

das dem Europäischen Parlament unterstellt ist. So können wirtschaftliche und finanzpolitische Entscheidungen in Europa besser koordiniert und finanziert werden – gerecht, transparent und nachhaltig.

Für Österreich bedeutet das, in bestimmten Bereichen Steuerrechte an die EU abzugeben, etwa für gemeinsame Infrastruktur- oder Klimaprojekte. Dafür gewinnt das Land an wirtschaftlicher Stabilität, profitiert von fairer Steuerkoordination – und es fließen mehr Mittel in den nationalen Haushalt, weil Steuerflucht und -betrug besser bekämpft werden können.

2.2 Integration des ESM in EU-Recht, Abkehr von nationalen Absprachen auf Gipfeln

Volt will den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) in das EU-Recht integrieren, damit er demokratisch legitimiert und schneller handlungsfähig wird. Entscheidungen über Hilfsmaßnahmen sollen nicht mehr einstimmig hinter verschlossenen Türen fallen, sondern transparent durch EU-Institutionen getroffen werden. So wird verhindert, dass einzelne Staaten – wie in der Finanzkrise – über andere ohne ausreichende demokratische Kontrolle bestimmen.

2.3 Bankenunion vollenden

Die Vollendung der Bankenunion ist ein zentraler Schritt für ein stabiles und gerechtes Europa. Österreichs bisherige Vorbehalte – insbesondere gegen eine gemeinsame Einlagensicherung – behindern diesen Fortschritt und gefährden das Vertrauen in ein solidarisches europäisches Finanzsystem. Nationale Einzelinteressen dürfen nicht über dem gemeinsamen europäischen Wohl stehen, dem wir uns alle im Allgemeinen und als Volt im Speziellen verpflichtet fühlen.

2.4 Schuldenpolitik

Wir bei Volt sehen auch die Schwachstellen der Europäischen Union – aber wir wollen sie verbessern, nicht zurückbauen. Die Schulden- und Fiskalpolitik der EU muss neu gedacht werden: Volt fordert eine teilweise Vergemeinschaftung von Staatsschulden über Werkzeuge wie z.B. Eurobonds sowie eine Neuverhandlung der Maastricht-Kriterien und des Stabilitätspaktes. Die bisherigen Grenzen des Stabilitäts- und Wachstumspakts sind oft politisch statt wirtschaftlich motiviert und haben sich in Krisenzeiten als unflexibel erwiesen. Auch Österreich leidet unter diesen Vorgaben, etwa wenn notwendige Investitionen durch starre Defizitgrenzen blockiert werden – deshalb braucht es eine realistische, nachhaltige und solidarische Schuldenpolitik auf europäischer Ebene.

2.5 Österreich sollte im Kampf gegen Steuervermeidung europäische Hebel nutzen, anstatt schwächeren nationalen zu vertrauen

Die österreichische Digitalsteuer zum Beispiel war sinnvoll als Übergangslösung, hat aber nur begrenzte Wirkung und kann negative

Reaktionen auslösen. Eine europäische Digitalsteuer wäre deutlich wirkungsvoller, gerechter und weniger anfällig für internationalen Druck.

3 Justiz, Inneres und Migration

Europarecht bricht nationales Recht

3.1 Grenzschutz ist eine exklusiv europäische Angelegenheit

Österreich ist keine Festung – Europas Grenzen sind auch unsere, ihr Schutz ist eine gemeinsame Aufgabe Europas

Grenzschutz kann im 21. Jahrhundert nur europäisch gedacht und organisiert werden. Volt fordert den Aufbau einer echten europäischen Grenzschutzorganisation mit eigenen Einsatzkräften aus allen Mitgliedstaaten – koordiniert, rechtsstaatlich und menschenwürdig. Nationale Alleingänge und Abschottungspolitik wie eine vermeintliche „Festung Österreich“ sind ineffektiv und gefährlich für europäische Solidarität und Rechtsstaatlichkeit.

3.2 Schaffung einer echten europäischen Bundespolizei, vorher Ausbau von Europol

Volt fordert den schrittweisen Ausbau von Europol zu einer echten europäischen Bundespolizei mit klaren Zuständigkeiten für grenzüberschreitende Kriminalität, Terrorismus und organisierte Verbrechen. Nationale Sicherheitsapparate stoßen bei europäischen Herausforderungen längst an ihre Grenzen – daher braucht es eine professionell aufgestellte, demokratisch kontrollierte EU-Polizei als Ergänzung zu den nationalen Kräften. Auch Österreich ist besser geschützt, wenn es z.B. im Kampf gegen den internationalen Terrorismus nicht alleine steht, sondern von europ. Polizeibehörden geschützt wird.

3.3 Asyl: Abschaffung von Dublin

Das Dublin-System ist gescheitert: Es überlastet Außengrenzstaaten, verhindert faire Verteilung und erschwert eine menschenwürdige Asylpolitik. Volt fordert seine Abschaffung und die Einführung eines solidarischen, gesamteuropäischen Asylsystems mit verbindlichen Quoten, legalen Zugangswegen und gemeinsamen Standards für Verfahren und Unterbringung. Eine solche Reform wird auch die Kapazitäten Österreichs entlasten.

3.4 Achtung von europäischem Recht und Vorgaben

Europäisches Recht ist nicht nur zu befolgen, sondern auch im europäischen Geist umzusetzen. Österreich soll sich zur aktiven Achtung und konstruktiven Anwendung des EU-Rechts verpflichten – ohne nationalistische Sonderwege oder diskriminierende Maßnahmen, wie etwa die Indexierung von Familienleistungen für EU-Bürger*innen, mit

dem Ziel nationalpolitisches Kleingeld zu erwirtschaften.

3.5 Achtung der Personenfreizügigkeit

Volt bekennt sich bedingungslos zur Personenfreizügigkeit als einem zentralen Pfeiler des europäischen Projekts. Kein EU-Bürger oder keine EU-Bürgerin darf in Österreich rechtlich schlechter gestellt werden als ein österreichischer Staatsbürger – weder beim Zugang zu Rechten noch bei der Anwendung von Sanktionen. Für Österreich heißt das konkret: Wahlrechte, soziale Leistungen und rechtlicher Schutz gelten gleich für alle Unionsbürger*innen mit Wohnsitz in Österreich. Die Ausweisung von EU-Bürger*innen

allein auf Basis ihrer Staatsangehörigkeit widerspricht unserer Meinung nach europäischen Grundrechten – Volt fordert daher gleiche Rechte, gleiche Pflichten und ein Ende der systematischen Ungleichbehandlung.

4. Österreich und seine Nachbarn

4.1 Aussenpolitik als exklusive EU-Kompetenz

Wir bekennen uns zu einer gemeinsamen, starken europäischen Außenpolitik. Außenpolitik muss — wie Handelspolitik — eine ausschließliche EU-Kompetenz werden, getragen von einem gestärkten Europäischen Auswärtigen Dienst (EEAS) und mittel- und langfristig mit einem europäischen Außenminister*in und einem europäischen Außenministerium. Nur so kann Europa als handlungsfähiger Akteur auf der Weltbühne auftreten und seine Werte vertreten. Österreich profitiert von klarer, europäischer Vertretung: Gemeinsam sind wir außenpolitisch stärker als jeder Nationalstaat allein.

- **EU-Botschaften weltweit - Stärkung regionaler Vertretungen**

Wir unterstützen den Ausbau eines dichten Netzes von EU-Botschaften weltweit, um Europa sichtbar und handlungsfähig zu machen. Österreichische Botschaften — insbesondere in der unmittelbaren Nachbarschaft sowie bei kleineren Staaten — sollen dafür gezielt entlasten und europäische Vertretungen sinnvoll ergänzen. Wo nötig, können österreichische Vertretungen Übergangsfunktionen übernehmen, etwa am Westbalkan. Diese arbeitsteilige Diplomatie stärkt Europas Profil und entlastet einzelne Mitgliedstaaten.

- **EU-Sitz im UN-Sicherheitsrat - ein Gewinn für ganz Europa**

Frankreich soll seinen ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat zugunsten eines EU-Sitzes einbringen. Eine europäische Stimme im Sicherheitsrat stärkt die Durchschlagskraft europäischer Außenpolitik — davon profitiert auch Österreich direkt. Nur als Europa können wir global Verantwortung übernehmen und unsere Interessen wirksam vertreten.

4.2 Europäische Nachbarschaftspolitik mit österr. Fokus auf den Westbalkan

Volt Österreich setzt sich mit besonderem Nachdruck für eine schnelle und glaubwürdige Integration der Westbalkan-Staaten in die EU ein. Österreich trägt hier eine historische Verantwortung: Als Nachbarregion mit tiefen historischen, kulturellen und wirtschaftlichen Verflechtungen ist der Westbalkan für Österreich von größtem Interesse. Viele Menschen aus diesen Staaten leben und arbeiten längst in Österreich. Eine stabile, europäisch verankerte Region bedeutet Sicherheit, wirtschaftliche Chancen und gesellschaftlichen Zusammenhalt — auch für Österreich. Wir fordern daher, dass Österreich auf EU-Ebene als Motor für die Westbalkan-Integration auftritt und diese aktiv vorantreibt. Voraussetzung bleibt ein klarer Reformkurs der jeweiligen Länder in Richtung Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte.

4.3 Kohärente europäische China-Strategie

Volt fordert eine abgestimmte, wertebasierte und weitsichtige europäische Strategie im Umgang mit China. Ziel ist es, europäische Abhängigkeiten zu vermeiden und die technologische sowie wirtschaftliche Souveränität Europas zu stärken. Die nachfolgenden Ziele sollten auch für Österreich verpflichtend sein.

- **Strategische Unabhängigkeit:** Europa muss kritische Infrastrukturen und Schlüsselindustrien unabhängig von chinesischer Einflussnahme machen.
- **Vermeidung von Fehlern:** Fehler wie die einseitige Energieabhängigkeit von Russland dürfen sich im Fall China nicht wiederholen.
- **Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte:** Wirtschaftliche Beziehungen dürfen nicht über Menschenrechte gestellt werden. Europa muss klare rote Linien formulieren und verteidigen.
- **Technologie & Innovation:** Europa muss eigene Kompetenzen in Zukunftstechnologien stärken und aktiv in Forschung und Entwicklung investieren. Österreich soll hier ein aktiver Treiber europäischer Einigkeit sein.

4.4 Abkehr von russischen und zukünftigen Abhängigkeiten

Volt fordert einen vollständigen Stopp jeglicher wirtschaftlicher, energiepolitischer und institutioneller Beziehungen mit Russland — so lange, bis die vollständige territoriale Integrität der Ukraine wiederhergestellt ist oder ein von beiden Seiten ratifizierter Friedensvertrag vorliegt. Österreich muss hier, trotz historischer wirtschaftlicher Verflechtungen, unmissverständlich an der Seite der europäischen Partner stehen. Ein "business as usual" mit Russland darf es bis dahin nicht geben. Österreich soll sich zudem aktiv an der europäischen Strategie zur Diversifizierung von Energiequellen und Handelsbeziehungen beteiligen und seine eigenen Altlasten in diesem Bereich entschlossen abbauen. Darüber hinaus sollte Österreich — immer

eingebettet in den europäischen Kontext — auch künftig keine neuen strategischen oder wirtschaftlichen Abhängigkeiten eingehen, sondern konsequent auf strukturelle, infrastrukturelle und wirtschaftliche Unabhängigkeit in einer europäischen Republik hinarbeiten.

5. Sicherheit und Verteidigung

5.1 Neutralität neu denken

Neutralität 2.0: Volt will Österreichs Neutralität zu einem aktiven europäischen Sicherheitsversprechen im Geist von Solidarität, Demokratie und Menschenrechten weiterentwickeln.

Die österreichische Neutralität, wie sie 1955 definiert wurde, stammt aus einer anderen Zeit – einer bipolaren Weltordnung des Kalten Kriegs. Heute stehen wir vor neuen Herausforderungen: Cyberbedrohungen, hybride Konflikte, Angriffskriege an Europas Grenzen, und eine fragile multilaterale Ordnung.

Die bisherigen Sicherheitsgarantien durch NATO oder UN reichen nicht mehr aus – und allein kann sich Österreich nicht schützen. Gleichzeitig verhindert die Neutralität in ihrer jetzigen Form, dass wir gleichberechtigt mitgestalten, wenn es um die europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik geht.

Volt will deshalb keinen Bruch mit dem friedenspolitischen Geist der Neutralität – sondern ihre Weiterentwicklung in ein europäisches Sicherheitsversprechen, das auf Solidarität, Menschenrechten und Demokratie basiert. Eine europäische Republik braucht auch eine gemeinsame Verantwortung für den Schutz ihrer Bürger*innen.

5.2 Schaffung Europäischer Verteidigungsstreitkräfte

Eine starke europäische Verteidigungsarmee ist der Schlüssel zu Sicherheit und Souveränität

Europa muss seine Sicherheit selbst in die Hand nehmen, da Bedrohungen wie Cyberangriffe, geopolitische Konflikte und neue Arten von Kriegen nicht an nationalen Grenzen haltmachen. Ziel ist der Aufbau einer vollständig integrierten europäischen Verteidigungsarmee, die konventionelle und unkonventionelle Bedrohungen gemeinsam abwehrt. Diese Armee soll unter einem gemeinsamen zivilen Kommando stehen und Bürger*innen aus allen Mitgliedsstaaten offenstehen. Der Fokus liegt dabei auf einer flexiblen, gut koordinierten Verteidigungsstrategie. Gemeinsame Kommandostrukturen und permanente Hauptquartiere werden die Reaktionsfähigkeit verbessern. Bestehende Kooperationen wie Eurocorps und multinationale Einsätze zeigen bereits das Potenzial. So wird Europa sicherer und unabhängiger.

- **Gemeinsames europäisches Verteidigungsministerium**

Ein gemeinsames europäisches Verteidigungsministerium wird benötigt, um eine kohärente und demokratisch legitimierte Verteidigungspolitik zu gestalten. Dieses Ministerium soll unter parlamentarischer Kontrolle stehen und als Bindeglied zwischen ziviler Politik und militärischer Ausführung agieren. Es gewährleistet, dass militärische Entscheidungen transparent und im Sinne der europäischen Bürger*innen getroffen werden. Darüber hinaus soll es die bestehenden nationalen Verteidigungsressourcen effizient bündeln. Ein einheitliches Verteidigungsministerium ermöglicht strategische Planung und schnellere Reaktion auf Krisen. Es ersetzt die bisher oft fragmentierte Zusammenarbeit der Mitgliedsstaaten. Damit kann Europa seine Sicherheitsinteressen eigenständig vertreten. Mittelfristig sollte Österreich bestehenden Aufbau militärischer Strukturen wie z.B. PESCO oder Skyshield beitreten und diese unterstützen, sowie verstärkte Zusammenarbeit unterstützen und anregen.

- **Gemeinsame Beschaffung**

Eine gemeinsame Beschaffung von Rüstungsgütern und Ausrüstung macht europäische Verteidigung günstiger und effizienter. Durch gebündelte Aufträge sinken Kosten und die technische Kompatibilität der Ausrüstung steigt. Dies vermeidet Doppelstrukturen und erleichtert gemeinsame Einsätze. Einheitliche Standards sorgen dafür, dass Soldat*innen aus unterschiedlichen Ländern reibungslos zusammenarbeiten können. Gemeinsame Beschaffung stärkt zudem die europäische Rüstungsindustrie. Sie fördert Innovation und Unabhängigkeit von Drittstaaten. So wird die Verteidigungsfähigkeit Europas nachhaltig verbessert.

Österreichs Politik sollte sich daher jetzt bereits dazu bemühen, Rüstungsgüter und Ausrüstung für das Bundesheer in Abstimmung mit den EU-Mitgliedsstaaten zu beschaffen, so dass der spätere Umstieg zu integrierten Streitkräften erleichtert wird.

- **Cyber-Sicherheit**

Cyber-Bedrohungen nehmen rasant zu und betreffen sowohl militärische als auch zivile Ziele. Daher ist der Ausbau einer starken europäischen Cyber-Abwehr von zentraler Bedeutung. Europol und andere Behörden sollen dabei zu einem echten europäischen Cyber-Sicherheitsakteur ausgebaut werden. Gemeinsame Abwehrstrategien und der Austausch von Informationen erhöhen die Reaktionsgeschwindigkeit. Zudem sollen europäische Cyber-Truppen entstehen, die gezielt auf Angriffe reagieren können. Eine enge Zusammenarbeit mit Forschungseinrichtungen fördert kontinuierliche Innovation. So bleibt Europa im digitalen Raum sicher und wehrhaft.

- **Förderung einer europäischen Militärkultur**

Eine europäische Militärkultur schafft ein gemeinsames Verständnis für Missionen und Werte. Sie stärkt den Zusammenhalt zwischen Soldat*innen unterschiedlicher Nationen. Gemeinsame Ausbildungen und Übungen fördern Vertrauen und interkulturelle Kompetenz. So entsteht ein Bewusstsein für die Verantwortung gegenüber Menschenrechten und dem Völkerrecht. Diese Kultur hilft, nationale Interessen in den Hintergrund zu stellen und europäische Solidarität zu betonen. Eine solche Militärkultur unterstützt den Aufbau einer echten europäischen Verteidigungsidentität. Dadurch wird die Zusammenarbeit effektiver und nachhaltiger. Bestehende Militärakademien auch in Österreich sollten diesen Corpsgeist fördern und fordern, dazu gehört nicht zuletzt die Anforderung an zumindest alle Offiziersränge, die englische Sprache zu beherrschen.

- **Weitere Zusammenarbeit mit NATO, UN und OSZE**

Die EU wird auch in Zukunft eng mit NATO, UN und OSZE kooperieren. Partnerschaften mit diesen Organisationen bleiben wichtig für internationale Sicherheit. Ziel ist es, europäische Fähigkeiten einzubringen und gleichzeitig eigene Handlungsfähigkeit auszubauen. Kooperation bedeutet jedoch nicht Abhängigkeit – Europa muss eigenständig agieren können. Gemeinsame Einsätze sollen europäischen Werten und internationalen Abkommen folgen. Gleichzeitig fördert die Zusammenarbeit multilaterale Lösungen für globale Krisen. So wird Europa ein starker, verlässlicher Partner in der internationalen Sicherheitsarchitektur.

5.3 Österreich und die neue europäische Sicherheit

- **Überprüfung des jetzigen Wehrpflichtmodells**

Volt erkennt an, dass in einer europäischen Republik Sicherheit und Freiheit auf gemeinsamer Verantwortung aller Bürger*innen beruhen – mit Rechten und Pflichten. Für eine moderne Verteidigungsstrategie braucht es ein flexibles, professionelles und demokratisch kontrolliertes System. Österreichs Wehrpflicht in ihrer heutigen Form ist überholt; wir fordern eine umfassende Neubewertung. Dabei gilt: Aufbau einer starken Reserve sowie Vorbereitung auf eine künftige europäische Verteidigungsarmee müssen zentraler Bestandteil sein. Volt setzt sich für ein modernes, freiwilliges Rekrutierungsmodell nach schwedischem Vorbild ein, das Wehr und Zivildienst in einem System zusammenführt – offen für alle Geschlechter.

Dieses System soll gleichermaßen eine ausreichend starke Reserve sicherstellen, Motivation und Qualifikation der Freiwilligen stärken und sich nahtlos in ein europäisches Sicherheitskonzept einfügen. Besonders wichtig ist Volt dabei die Feststellung, dass die Wehrpflicht nicht endgültig abgeschafft, sondern lediglich ausgesetzt werden soll. Dies schafft die Möglichkeit, sie im Bedarfsfall – etwa bei gravierenden

sicherheitspolitischen Veränderungen – rasch wieder einzuführen. Ein solcher Ansatz stellt sicher, dass Österreich über ein wirksames sicherheitspolitisches Instrumentarium verfügt, ähnlich wie es beispielsweise in den USA praktiziert wird, wo die Wehrpflicht ebenfalls formal weiterhin existiert und bei Bedarf aktiviert werden kann. So wird eine Balance zwischen individueller Freiheit und staatlicher Vorsorge gewährleistet.